SO VERÄNDERN WIR DIE WELT!

Programm der Sol für Sozialismus

1. Auflage, 2023
Sozialistische Organisation Solidarität
Dieffenbachstr. 17
10967 Berlin
Telefon: (030) 24 72 38 02
Email: info@solidaritaet.info
Internet: www.solidaritaet.info
Alle Rechte vorbehalten.

Satz und Umschlaggestaltung: Tom Hoffmann
Coverfoto: Massendemonstration in Hongkong
Druck: Booksfactory

Inhaltsangabe

Der Wahnsinn hat Methode 5

Klassenkampf 13

Multiple Krise des Kapitalismus 19

Sozialismus ist Notwendigkeit… aber was ist eigentlich Sozialismus? 35

Ist Sozialismus erreichbar? 49

Die Arbeiter*innenbewegung neu aufbauen 55

Sol und CWI 77

International
GEGEN
KRIEG
&
KAPITAL!
Sol
SOZIALISTISCHE ORGANISATION #SOLIDARITÄT
AKTUELLE ARTIKEL:
UNSER PROGRAMM & INFOS:
www.solidaritat.info

**„Wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist,
will nicht, dass sie bleibt“**

Erich Fried

Der Wahnsinn hat Methode

Jeden Abend berichtet die Tagesschau über Krisen, Kriege und Katastrophen. So manche*r liest und schaut keine Nachrichten mehr, weil man das Elend nicht mehr ertragen kann. Wir können und wollen die Augen nicht verschließen. Wir wollen die Verhältnisse ändern! Streiks und Massenbewegungen, Widerstand und Selbstorganisation von Arbeiter*innen und Jugendlichen auf der ganzen Welt stimmen uns optimistisch, dass dies auch möglich ist.

Die Zeit drängt. Die Corona-Pandemie hat Millionen Menschenleben gekostet; Ukraine-Krieg und viele weitere Kriege und militärische Konflikte in der Welt bringen schreckliches Leid und Zerstörung; Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht; Preissteigerungen und Wirtschaftskrise zerstören die Lebensqualität von Milliarden Menschen auf der Welt; die Klimakatastrophe schreitet voran und bedroht die Lebensgrundlagen der Menschheit; Armut und Prekarisierung nehmen zu; Rassismus, Unterdrückung und Diskriminierung sind alltägliche Phänomene.

Und in Deutschland? Auch hier vertreten CDU/CSU, FDP, Grüne, SPD und AfD die Interessen der Banken und Konzerne. Mit der Agenda 2010 wurde die Bundesrepublik vor fast zwanzig Jahren durch die Politik einer SPD-Grünen-Regierung zur Vorreiterin der Zerschlagung von sozialen Sicherungssystemen. Seitdem konnten die Konzerne ihre Konkurrenzfähigkeit verbessern und ihre Profite steigern – auf den Schultern von Beschäftigten, die immer mehr ausgepresst werden. Deutschland hat einen der größten Niedriglohnsektoren in der EU, daran ändert auch die Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro nichts, die durch die extrem gestiegene Inflation ohnehin aufgefressen wird.

Zwanzig Prozent der Beschäftigten arbeiten in so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen – in Teilzeit, Leiharbeit, Minijobs etc. Und bei denen, die noch eine unbefristete und tariflich bezahlte Stelle haben, nimmt der Arbeitsstress immer weiter zu. Nachdem die Reallöhne in den Jahren zuvor ohnehin kaum gestiegen waren, bedeutet die Inflation, die 2021 eingesetzt hat, einen massiv sinkenden Lebensstandard. Die soziale Ungleichheit hat ungeahnte Ausmaße angenommen. Die Konzentration von Reichtum in den Händen einiger Weniger war nie so groß wie heute.

Das Leben wird weniger lebenswert. Das gilt nicht zuletzt auch für Frauen, die weiterhin schlechter bezahlt werden als Männer und Opfer von geschlechtsspezifischer Diskriminierung sind.

Wir sind der festen Überzeugung: Es muss nicht bleiben, wie es ist! Es ist möglich, die Verhältnisse zu verändern und ein besseres Gesellschaftssystem zu erkämpfen. Soziale Ungleichheit, Armut, Kriege, Diskriminierung erwachsen nicht aus der Natur des Menschen, sondern aus dem kapitalistischen System, in dem die materiellen Interessen der Eigentümer*innen an Produktionsmitteln (Fabriken und Unternehmen) und Kapital vorgehen, während die Mehrheit daran kein Interesse hat und haben kann.

Das kapitalistische System ist eine Klassengesellschaft. Es gibt die große Mehrheit, die in der Fabrik, im Büro, Homeoffice oder Geschäft „arbeiten geht", also ihre Arbeitskraft verkaufen muss und dafür Lohn und Gehalt bekommt – die Arbeiter*innenklasse (darunter verstehen wir alle Lohnabhängigen, egal ob sie gerade einen Job haben oder nicht). Und es gibt eine kleine Minderheit, die die Arbeitskraft der Vielen kaufen kann und daraus eige-

nen Profit schlägt - die Klasse der Kapitalist*innen (diese wird auch „Bourgeoisie“ genannt, das französische Wort für „Bürgertum“ – bürgerliche Parteien vertreten also die Interessen der Kapitalist*innenklasse).

Vor über 150 Jahren hat Karl Marx festgestellt, dass Armut bei gleichzeitigem Überfluss in der kapitalistischen Gesellschaft unvermeidlich ist. Viele sind heute auch in Deutschland arm oder von Armut bedroht. Aber auch diejenigen Lohnabhängigen, die nicht in Armut leben, erhalten viel weniger in Lohn ausgezahlt, als den Wert, den sie mit ihrer Arbeit schaffen. Auch sie werden ausgebeutet.

Dabei leben wir in einem sehr reichen Land. Aber der Reichtum konzentriert sich in wenigen Händen. Die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte besitzen zusammen etwa sechzig Prozent des Gesamtvermögens, netto, also abzüglich Schulden. Die unteren zwanzig Prozent besitzen gar kein Vermögen, viele sind verschuldet. Das private Geldvermögen umfasst in Deutschland 7.496,3 Milliarden Euro. 314,3 Milliarden Euro sind in den Händen von nur 25 Personen – den reichsten der Superreichen.

Hinzu kommt eine Steuerpolitik im Interesse der Reichen und Superreichen, der Banken und Konzerne, die verhindert, dass der Staat genug Geld in die Hand nehmen kann, um die öffentliche Daseinsvorsorge, das Gesundheitswesen, den Nah- und Fernverkehr etc. nach Bedarf auszubauen und die nötigen Investitionen in erneuerbare Energien vorzunehmen. Die Folge davon? Kranke Kinder werden in Kinderkliniken abgewiesen, weil keine Betten frei sind. Grundschulkinder können immer schlechter lesen und schreiben. Senior*innenheime sind Verwahranstalten. Psychische Erkrankungen nehmen zu und Thera-

pieplätze sind Mangelware. Jugendzentren muss man mit der Lupe suchen etc., etc. ...

Grenzenlose Möglichkeiten

Die technologischen Möglichkeiten sind vorhanden, um der Menschheit das Leben zu erleichtern, Krankheiten effektiv zu bekämpfen, Hunger für immer auszurotten. Die Automatisierung hat eine neue Qualität erreicht, Raumsonden werden bis zum Pluto geschickt, komplexe Computersysteme und Kommunikationsnetzwerke haben die Welt zu einem „kleinen" Ort gemacht. Die Möglichkeiten der Menschheit scheinen grenzenlos. Aber diese Technologien werden kaum im Interesse von Mensch und Umwelt eingesetzt, sondern zumeist von kapitalistischen Konzernen für ihre Profitinteressen und von kapitalistischen Regierungen zur Aufrechterhaltung und Ausweitung ihrer Macht – nicht zuletzt im Bereich der Militärtechnik. Im Kapitalismus wird nicht für die Bedürfnisse der Menschen produziert und geforscht, sondern in Konkurrenz und für den Profit der Kapitalist*innenklasse.

Für die Zustände auf dieser Welt und für die Politik von Parteien und Regierungen sind also die Macht- und Eigentumsverhältnisse entscheidend. Hinter jeder Entlassung, jedem Gesetz zur Kürzung von Sozialleistungen, jeder produzierten Bombe und jedem Liter in einen Fluss abgeleitetem toxischem Abwasser stecken Entscheidungen von bestimmten Menschen oder Gruppen von Menschen. Ihre Entscheidungen basieren auf Interessen. Würde man die Arbeiter*innen fragen, würden sie sich gegen Entlassungen entscheiden. Sie haben daran kein Interesse. Würde man die Erwerbslosen fragen, gäbe es eine auskömmliche

soziale Mindestsicherung. Würde man die Kranken fragen, gäbe es ausreichend Personal im Krankenhaus. Das wäre in ihrem Interesse. Würde man die Menschen in der Ukraine, dem Jemen und Syrien und viele der einfachen Soldat*innen fragen, würden sie sich gegen Krieg entscheiden. Sie haben daran kein Interesse.

Interesse an Entlassungen, Niedriglöhnen, Sozialkürzungen und Krieg haben nur wenige - die Reichen und Mächtigen. Um reich und mächtig zu sein, braucht man Kapital – Geld, das man einsetzt, um daraus mehr Geld zu machen. Reich und mächtig sind also die Kapitalbesitzer*innen, die Eigentümer*innen und Großaktionär*innen von Fabriken, Banken und Konzernen - und ihre Helfer*innen in den pro-kapitalistischen Parteien und Regierungen.

Die Sol kämpft dafür, dass die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiter*innenklasse und sozial Benachteiligten, die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bestimmen. Das würde aber eine grundlegende Änderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse nötig machen. Dies wird uns von den heute Besitzenden und Mächtigen nicht geschenkt werden, man kann sie auch nicht durch gute Argumente überzeugen. Das wird nur durch Kämpfe durchsetzbar sein.

SOLIDAR
ORGANIS
SOLI

SOZIALISTISCHE
ORGANISATION
SOLIDARITÄT
SOLIDARITÄT
100 MILLIARDEN

Klassenkampf

Der Kampf zwischen Arbeiter*innenklasse und Kapitalist*innenenklasse findet täglich und vielfältig, mal im Großen, mal im Kleinen, mal sichtbar für alle, mal im Verborgenen statt. Immer geht es darum, welche Klasse einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum erhält und ob demokratische Rechte durchgesetzt werden, die die Kontrolle der Herrschenden über die arbeitende Bevölkerung etwas lockern oder ob demokratische Rechte abgebaut werden.

Konkret kämpfen Arbeiter*innen seit bestehen dieser Gesellschaftsordnung um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, soziale Sicherungssysteme, Arbeits- und Umweltschutzstandards, demokratische Rechte in Wirtschaft und im Staat. Vor allem müssen sie aber immer wieder Versuche der Herrschenden abwehren, Löhne zu senken, Sozialstandards abzubauen und demokratische Rechte zu verringern. Das ist alltäglicher Klassenkampf.

Die Sol tritt dafür ein, so massenhaft, gut organisiert und konsequent wie möglich, für jede Reform (im Sinne von Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter*innenklasse) zu kämpfen. Viele Menschen haben das Gefühl, man könne eh nichts ändern. Das stimmt nicht. Immer wieder wird das Gegenteil bewiesen, wenn Menschen sich organisieren und gemeinsam handeln: demonstrieren, protestieren, streiken.

So wurden zum Beispiel in vielen Städten Privatisierungen durch breite Gegenbewegungen verhindert, haben sich Lokführer*innen durch konsequente Streiks bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erkämpft, wurden die in den 2000er Jahren eingeführten Studiengebühren aufgrund massenhafter Studierendenproteste wieder abgeschafft, haben sich Krankenhausbeschäftigte durch Streiks Tarifver-

träge zur Personalbemessung erkämpft.

Wenn Beschäftigte und sozial Benachteiligte sich kollektiv organisieren, zum Beispiel in Gewerkschaften, können sie dem Kapital Zugeständnisse abringen. Aber viele Kämpfe gingen verloren, obwohl die Arbeiter*innenklasse potenziell die Macht hat, alles zu erreichen, wenn sie geschlossen handelt und klare Ziele vertritt. Denn auch die Kapitalist*innenklasse hat viele Machtmittel in der Hand (Geld, Medien, Polizei und Staat) und kann erfolgreich sein, vor allem wenn die Gewerkschaftsführungen nicht konsequent kämpfen oder gar nicht erst den Kampf aufgenommen haben.

Vor allem gilt aber: Jede erkämpfte Verbesserung kann im Rahmen des Kapitalismus früher oder später durch die Herrschenden wieder in Frage gestellt werden. Dies ist sogar wahrscheinlich, weil die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft die Herrschenden dazu treiben, den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung weiter zu beschneiden – denn je höher der Lebensstandard (Löhne, Sozialleistungen, öffentliche Investitionen etc.) desto niedriger die Profite der Kapitalist*innen.

Deshalb trägt die Sol in alle Kämpfe und Bewegungen antikapitalistische und sozialistische Ideen und setzt sich dafür ein, dass diese Auseinandersetzungen mit dem Kampf für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft verbunden werden. Denn nur wenn die Gesellschaft insgesamt, einschließlich der Wirtschaft, im Interesse von Mensch und Umwelt organisiert wird und nicht mehr im Interesse des Profits einer kleinen Minderheit, können soziale Verbesserungen dauerhaft gesichert werden.

Insbesondere schlagen wir ein Programm vor, welches die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter*innenklasse

für ein besseres Leben mit der Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung verbindet. Ein solches Programm nennen Marxist*innen Übergangsprogramm, weil es Schritte des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus aufzeigt und eine Brücke schlägt von der Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaftsveränderung zum aktuellen Stand von Klassenkämpfen und politischem Bewusstsein in der Arbeiter*innenklasse. Dabei verweisen wir nicht passiv auf die Notwendigkeit von Sozialismus, sondern sind die entschlossensten und konsequentesten Kämpfer*innen gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen im Hier und Jetzt.

Diese Methode, ein sozialistisches Übergangsprogramm aufzustellen, hat eine lange Tradition in der revolutionär-sozialistischen Bewegung. Sie wird in dem von Leo Trotzki geschriebenen Gründungsdokument der Vierten Internationale „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale" aus dem Jahr 1938 dargelegt. Viele der in diesem Text enthaltenen Übergangsforderungen sind immer noch (oder wieder) aktuell und es lohnt sich, ihn zu studieren. Für uns ist aber die politische Methode entscheidend und nicht, einfach die exakten Formulierungen bestimmter Forderungen aus einer anderen Epoche zu übernehmen. Ausschlaggebend für ein sozialistisches Übergangsprogramm ist, dass bei dem Versuch an das gegenwärtige Bewusstsein anzuknüpfen nicht das Ziel – die sozialistische Gesellschaftsveränderung – aus den Augen verloren wird. Also nicht darauf verzichtet wird, sozialistische Forderungen zu formulieren. Das sind vor allem die Enteignung der großen Unternehmen und die Verfügungsgewalt der Arbeiter*innenklasse über Staat und Wirtschaft. Und es soll nicht einfach eine Wunschliste

sein: Wir wollen die Forderungen mit konkreten Vorschlägen verbinden, die zeigen, wie diese durch Kämpfe und Mobilisierungen der arbeitenden Bevölkerung durchgesetzt werden können.

Am Ende dieser Broschüre finden sich unsere wichtigsten Forderungen. In ihrer Gesamtheit können diese nur erreicht und dauerhaft gesichert werden, wenn die Herrschaft des Kapitals, die profitgetriebene Wirtschaftsweise und Marktkonkurrenz beendet und durch eine sozialistische Demokratie ersetzt werden. Entscheidend ist dabei die Eigentumsfrage.

Denn nur, wenn die Wirtschaft der ganzen Gesellschaft gehört, kann sie auch von der ganzen Gesellschaft kontrolliert und gestaltet und in ihrem Interesse eingesetzt werden. Eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft in demokratischem Gemeineigentum ist und in der Staat und Verwaltung ebenso demokratisch aufgebaut sind, ist eine sozialistische Demokratie. Sie ist absolute Notwendigkeit, um den Untergang der menschlichen Zivilisation in Kriegen, Umweltzerstörung, Verrohung und Armut zu verhindern.

KAPITALISMUS
MACHT KRANK
Menschen schützen statt Profite:
Profitlogik brechen: Fallpauschalen abschaffen - Übernahme aller Kosten!
Massives Investitionsprogramm im Gesundheitswesen: Gesetzliche Personalbemessung & höhere Löhne!
Rekommunalisierung aller privatisierten Einrichtungen & Bereiche!
Für ein öffentliches, bedarfsgerechtes Gesundheitswesen - unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung!
Mach mit bei den Sozialist*innen: www.solidaritaet.info
STREIK
Sol
100
Für Rüstung und
Für Frieden!

Multiple Krise des Kapitalismus

Die Kapitalist*innen und die Anhänger*innen des kapitalistischen Systems behaupten, alle hätten etwas von der auf Profit ausgerichteten kapitalistischen Produktionsweise. Eine These lautet: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen." Es gibt aber keine Belege dafür, dass diese der Wahrheit entspricht. Im Gegenteil: Obwohl sie uralt ist, ist das Gegenteil eingetreten. Der Reichtum hat sich konzentriert, ohne dass Löhne und Gehälter entsprechend gestiegen sind. Statt sinnvoller und gut bezahlter Arbeitsplätze wurde vor allem der Niedriglohnsektor ausgeweitet und ist die globale Massenerwerbslosigkeit zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Gewinne flossen in die Taschen der Unternehmer*innen, investiert wurde immer weniger in den Aufbau neuer Produktionsanlagen, die neue Werte schaffen könnten (es sei denn in so genannten Billiglohnländern, um dann anderswo Produktionsanlagen zu schließen). Stattdessen wird verstärkt an den Finanzmärkten spekuliert und werden Milliarden gehortet. Warum? Der Kapitalismus ist nicht nur ungerecht. Er führt auch zu wiederkehrenden Krisen, die die gesamte Gesellschaft in Mitleidenschaft ziehen.

Krisen gehören zum Kapitalismus wie der Papst zum Vatikan. In der ersten Phase des Kapitalismus waren die Krisen nur kurze Unterbrechungen einer allgemeinen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung der Wirtschaft und Weiterentwicklung der gesamten Gesellschaft. Das ist spätestens seit dem frühen 20. Jahrhundert vorbei. In der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts führten Krisen und Konkurrenzkampf zu zwei Weltkriegen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es den so genannten Nachkriegsaufschwung, der aus sehr spezifischen Gründen eine Ausnahmesituation für den Kapitalismus darstellte. Seit der ersten

Weltwirtschaftskrise nach diesem Boom, die sich von 1973 bis 1975 ereignete, ist das kapitalistische System wieder in eine „normale" Entwicklung regelmäßig auftretender Wirtschaftskrisen eingetreten. Allerdings kann festgestellt werden: Die Krisen werden tendenziell stärker, die wirtschaftliche Erholung schwächer. Die Tendenz geht bergab.

Die so genannte Große Rezession der Jahre 2007 bis 2009 hat eine neue Periode des Niedergangs des Kapitalismus eingeleitet. Sie war mehr als „nur" eine konjunkturelle Krise, sondern hat vielmehr einen strukturellen Niedergang verschärft. Seitdem gab es eine, zwar lange, aber sehr schwache wirtschaftliche Erholung, die dann in die Weltwirtschaftskrise mündete. Diese hatte sich zwar schon vor der Covid-Pandemie angekündigt, nahm dadurch dann aber einen besonders tiefen Verlauf. Auch heute geht die Weltwirtschaft auf dünnem Eis, weil keiner der Krisenfaktoren behoben wurde und jederzeit ein neuer Crash möglich ist.

Die Krisen erwachsen aus den dem System innewohnenden Widersprüchen und sind deren zwangsläufige Folge. Im Kapitalismus wird zwar gesellschaftlich produziert, das heißt an den Produktionsprozessen sind viele Menschen in unterschiedlichen Regionen beteiligt. Die Aneignung der produzierten Güter erfolgt aber privat. Nicht die Produzent*innen erhalten ihr Arbeitsprodukt selbst, sondern die Kapitalist*innen eignen es sich an. Das führt dazu, dass diese Güter nicht im gemeinschaftlichen Interesse eingesetzt werden, sondern im privaten Interesse der Kapitalist*innen. Dieses besteht darin, sie möglichst gewinnbringend zu verkaufen. Gewinn bzw. Profit ist die Antriebskraft der kapitalistischen Wirtschaft, nicht die Befriedigung von Bedürfnissen. Deshalb wird vor allem das hergestellt, was eine möglichst große Aussicht auf Profiterzielung hat, zum Beispiel Waffen und

Autos, und nicht, was die Menschheit besonders dringend braucht, zum Beispiel Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel. Oder es wird lieber gar nichts hergestellt, wenn nämlich keine Profite versprechenden Anlagemöglichkeiten existieren. Das ist nicht nur ein Hintergrund der grassierenden Spekulation auf den Finanzmärkten, sondern eines der wesentlichen Phänomene seit dem Ende des Nachkriegsaufschwungs und eine Hauptursache der Krisen der letzten Jahrzehnte: Die Anhäufung von Kapital, das keine profitablen Anlagemöglichkeiten findet.

Die einzelnen Konzerne und die Nationalstaaten, die ihre Interessen vertreten, stehen in Konkurrenz zueinander. Sie kämpfen mit allen Mitteln um Marktanteile, Zugang zu Rohstoffen und billigen Arbeitskräften. Das führt zu Ungleichgewichten, dem Aufbau von Überkapazitäten und Überproduktion, Verschuldung und Spekulationsblasen. Irgendwann platzen diese Blasen oder diese Widersprüche lösen aus anderen Gründen Krisen und wirtschaftliche Crashs aus. Zahlen müssen dafür aber im Kapitalismus nicht die Krisenverursacher, sondern die Masse der Bevölkerung. Das ist die Erfahrung der Weltwirtschafts- und Euro-Krise, die 2007 einsetzte. Milliardenschwere Rettungsprogramme für Banken wurden durch die Staaten, also durch das Geld der einfachen Bevölkerung, gezahlt, während Bankenmanager*innen weiter Top-Boni einsackten und sich nicht für den Schaden, den sie angerichtet haben, verantworten mussten.

Krise der Institutionen, Krieg und Militarismus

Die Wirtschaft ist letztlich die Grundlage aller weiteren gesellschaftlichen Entwicklungen. So ist die Krisenhaftig-

keit der kapitalistischen Ökonomie die Grundlage für die multiplen Krisen, von denen der Kapitalismus heute ergriffen ist: die ökologische Krise, die pandemische Krise, die Krise in den zwischenstaatlichen Beziehungen und die Krise der politischen Systeme. Die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, die Fortschritte in Produktivität, Wissenschaft und Technik harmonisch, nachhaltig und an den Bedürfnissen der Menschheit ausgerichtet zu nutzen und weiterzuentwickeln, bedeutet, dass diese multiplen Krisen nicht im Rahmen des Systems aufgelöst werden können.

Das wiederum bedeutet, dass sich das kapitalistische System in einer Niedergangsphase befindet, die mit enormen politischen Verschiebungen einher geht – sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb von Staaten.

Innerhalb von Staaten sehen wir fast ausnahmslos einen Zustand permanenter politischer Instabilität und Polarisierungen. Die traditionellen Parteien haben ihre soziale Basis weitgehend verloren, das Vertrauen in Parteien und staatliche Institutionen ist massiv gesunken. In einigen Ländern sind neue politische Kräfte entstanden, die kurzzeitige Erfolge erzielen können, aber keine stabile gesellschaftliche Basis aufbauen. Eine Folge ist auch das Wachstum von rechtspopulistischen Kräften, wie der AfD in Deutschland, dem Rassemblement National von Le Pen in Frankreich oder den Trump-Anhänger*innen in den USA. Aber auch linke Kräfte sind vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren zum Teil neu entstanden oder konnten bei Wahlen Erfolge erzielen, wie PODEMOS im spanischen Staat, der Stärkung linker Kräfte in den USA oder die Bewegung France Insoumise um Jean-Luc Mélenchon in Frankreich. Die herrschende Klasse ist immer weniger

in der Lage, eine einheitliche Politik zu formulieren und ihr entgleitet immer wieder die Kontrolle über die Situation, wie bei der Erstürmung des Capitols in Washington DC Anfang 2021.

International sind wir Zeuge des tendenziellen Niedergangs des US-Imperialismus und des tendenziellen Aufstiegs des chinesischen Staatskapitalismus, der besondere Eigenschaften hat, die wir in vielen Texten beschrieben haben (zu finden auf unserer Webseite solidaritaet.info). Diese Entwicklung wird aber nicht zu einer unipolaren Welt führen, in der irgendwann die eine alles dominierende Supermacht durch eine andere abgelöst worden sein wird, sondern Ergebnis ist eine extrem instabile, multipolare Welt mit wechselnden Blockbildungen, Kooperationen, zunehmende Konkurrenz bei gleichzeitigen gegenseitigen Abhängigkeiten.

Die Ereignisse in der Ukraine sind auch Folge dieser Verschiebungen in den globalen Kräfteverhältnissen und der zunehmenden kapitalistischen Konkurrenz, denn der Krieg in der Ukraine ist auch ein Stellvertreterkrieg zwischen dem mit China verbundenen russischen Imperialismus und den westlichen imperialistischen Staaten, vor allem den USA. Dieser Krieg hat zum ersten Mal seit der Kuba-Krise 1962 die Gefahr des Einsatzes von Nuklearwaffen konkret werden lassen. Das zeigt, in welche Richtung die Welt sich entwickelt. Der krisengeschüttelte Kapitalismus im Niedergang wird zu mehr Aufrüstung, militärischen Konflikten und Kriegen führen. Und je größer die wirtschaftlichen und geostrategischen Konflikte, desto größer die Gefahr von direkten militärischen Konflikten zwischen Großmächten, zum Beispiel um die Vorherrschaft im Ostpazifik, insbesondere um Taiwan. Denn

Krieg ist die Fortsetzung von Politik – und auch wirtschaftlichem Konkurrenzkampf – mit anderen Mitteln.

In dieser Situation müssen Sozialist*innen einen Klassenstandpunkt einnehmen und dem Druck der herrschenden Propaganda widerstehen, eine der reaktionärkapitalistischen Seiten zu unterstützen. Den russischen Einmarsch in die Ukraine zu verurteilen und den Abzug der russischen Armee zu fordern, bedeutet nicht die Seite der Selenskij-Regierung einzunehmen und diese politisch oder gar militärisch zu unterstützen. Das galt auch, als der US-Imperialismus Afghanistan oder die NATO 1999 Rest-Jugoslawien angegriffen hatten – auch damals haben wir den Einmarsch verurteilt und den Rückzug der imperialistischen Truppen gefordert ohne die Taliban oder das Milošević-Regime zu unterstützen.

Der Kampf gegen Militarismus, Aufrüstung und Krieg muss ein wichtiger Bestandteil eines sozialistischen Programms und der Aktivitäten der Arbeiter*innenbewegung sein. Dazu gehört in der Bundesrepublik der Kampf gegen das einhundert Milliarden schwere Sondervermögen der Bundeswehr, aber auch der Kampf für Abrüstung und gegen die Militarisierung der Gesellschaft durch den zunehmenden Einsatz der Bundeswehr im Inneren, Werbe- und Propagandakampagnen für die Bundeswehr, nicht zuletzt an Schulen. Die deutsche Kapitalist*innenklasse hat den Ukraine-Krieg genutzt, um die stärkste Militärmacht Europas zu werden und die durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg aufgezwungene militärische Zurückhaltung aufzugeben. Eine stärkere Bundeswehr wird im Zweifelsfall aber auch im Inneren gegen Revolten und Aufstände eingesetzt werden. Zu einer antimilitaristischen Politik gehört es deshalb auch, für demokratische Rechte für einfache

Soldat*innen einzutreten, wie das Recht sich Interessenvertretungen in der Truppe und Vorgesetzte zu wählen, die dazu dienen können in Zeiten zugespitzter Klassenkämpfe die Armee entlang von Klassenlinien zu spalten oder zumindest zu erreichen, dass sich Teile weigern gegen die eigene Arbeiter*innenklasse eingesetzt zu werden.

Corona

Die Corona-Pandemie hat eine globale Gesundheitskrise offenbart und verstärkt. Erstens war diese Pandemie sehr wahrscheinlich Folge des kapitalistischen Raubbaus an der Natur, der den Lebensraum für viele Tierarten verkleinert, was Zoonosen, also die Übertragung von Krankheitserregern von Tieren auf den Menschen, befördert. Das bedeutet auch, dass die Covid-Pandemie nicht die letzte Pandemie gewesen sein wird. Gleichzeitig hat sich der Kapitalismus als unfähig erwiesen, schnell und effektiv auf das Virus zu reagieren und eine globale Pandemie zu verhindern – weil die Profitinteressen immer wichtiger waren, als die Eindämmung des Virus und ein bestmöglicher Schutz der Bevölkerung. Millionen sind dieser verfehlten Corona-Politik weltweit zum Opfer gefallen.

Angesichts von den vielen Missständen, die im Zusammenhang mit der Pandemie deutlich wurden – Personalmangel in Krankenhäusern, Mangel an Masken, Tests, Luftfiltern etc., teils unsinnige Lockdown-Maßnahmen während die Fabriken weiter liefen, Nichtfreigabe der Impfpatente u.v.m. - sind wir davon überzeugt, dass nur ein öffentliches und demokratisch kontrolliertes Gesundheitswesen, die vollständige Abschaffung des Fallpauschalensystems und eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser nach Bedarf, die Ent-

eignung der Pharmaindustrie unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und Gewerkschaften, Arbeiter*innenkontrolle über Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und letztlich internationale Kooperation statt kapitalistischer Konkurrenz die Grundlage liefern können, um solche Gesundheitskatastrophen zu verhindern bzw. damit im Interesse der Bevölkerungsmehrheit umzugehen.

Klimawandel

An keiner anderen Frage zeigt sich das Versagen des Kapitalismus so deutlich als am Klimawandel. Alle wissen seit Jahren, dass eine Klimakatstrophe naht, die Millionen Menschen das Leben kosten, viele Regionen unbewohnbar machen und unvorstellbare gesellschaftliche Verwerfungen nach sich ziehen wird. Seitdem jagt ein Klimagipfel den anderen, werden Ziele vereinbart, die den Klimawandel stoppen sollen und doch ist klar, dass diese nicht erreicht werden.

Der Weltklimarat hat schon vor einigen Jahren errechnet, dass Investitionen von 900 Milliarden Dollar pro Jahr nötig wären, um den Klimawandel zu stoppen. Andere Studien gehen von bis zu 1,8 Billionen Dollar aus. Wenn jetzt nicht gegengesteuert wird, werden die Kosten später viel größer sein. Aus Sicht der Kapitalist*innen sind das 900 Milliarden bzw. bis zu 1,8 Billionen Dollar weniger Profit oder Eigenvermögen. Selbst wenn sie wollten, wären die herrschenden Klassen der unterschiedlichen kapitalistischen Staaten nicht in der Lage, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Diese würden wirkungsvolle und geplante internationale Kooperation zur Voraussetzung haben. In einer auf Privateigentum und Konkurrenz von Konzer-

nen und Staaten basierenden Welt ist das jedoch eine Utopie. Der Konkurrenzkampf zwingt die Unternehmen und Staaten dazu wettbewerbsfähig zu bleiben – und damit so kostengünstig wie möglich zu produzieren. Eine klimaneutrale Wirtschaftsweise ist für die meisten Konzerne ein Kostenfaktor, auch wenn neue so genannte grüne Industrien sich neue Märkte erschließen können und es staatliche Subventionen gibt. Letztere können auf kapitalistischer Basis niemals ausreichen, um zu erreichen, was nötig ist. Das hat sogar die Financial Times anerkannt, als sie in einem Artikel aus dem Jahr 2021 davon sprach, dass man sich beim Kampf gegen den Klimawandel nicht auf den Markt verlassen dürfe und stattdessen „zentrale Planung" in den Bereichen „Energie, Transportwesen, Bauwirtschaft, Industrie und Landwirtschaft" nötig sei. So kann man die Notwendigkeit einer sozialistischen Wirtschaft auch beschreiben.

Ende des Neoliberalismus?

Die neoliberale Globalisierung war eine Folge der beschriebenen Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems, nicht ihre Ursache. Als der Nachkriegsaufschwung zu Ende ging, musste das Kapital auf seiner Jagd nach profitablen Anlagemöglichkeiten versuchen, alle Schranken einzureißen – Zollschranken, den so genannten Sozialstaat, Wirtschaftszweige in öffentlichem Eigentum. Also wurden die von der Arbeiter*innenbewegung erkämpften Rechte angegriffen, um durch verschärfte Ausbeutung der Lohnabhängigen die Profite zu steigern.

Es wurde privatisiert, um Bereiche, die bis dato nicht der Kapitalverwertung ausgeliefert waren, in den kapitalistischen

Markt zu integrieren. Und es wurde verstärkt an den Finanzmärkten investiert, weil das höhere Gewinne versprach, als Investitionen in Brücken, Krankenhäuser, Lebensmittel oder Medikamente. Die wachsende Bedeutung und das Aufblähen der Finanzmärkte und die über Jahre betriebene Politik des billigen Geldes, um Wirtschaftskrisen abzufedern und zu überwinden, sind Ausdruck der Tatsache, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise unfähig ist, Wirtschaft und Gesellschaft weiterzuentwickeln und Krisen zu vermeiden.

Die Widersprüche des Kapitalismus wurden so nicht aufgehoben, sondern verschärft. Das hat sich in der Krise 2007 bis 2009 entladen. Aber die Krisenursachen wurden nicht behoben, sondern nach 2009 setzen die Herrschenden weiter dieselben Mittel ein, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, wie vorher: Verschuldung, Spekulation, Niedrigzinsen etc. Damit bereiteten sie nur die nächste Krise vor, die dann vor der Corona-Pandemie einsetzte und durch diese massiv verschärft wurde. Die schwache Erholung nach dem Ende der Lockdowns in vielen Staaten wurde dann auch durch die Folgen des Ukraine-Kriegs sehr schnell von erneuten Rezessionstendenzen abgelöst. Diese gehen seit 2021 mit enormen Preissteigerungen einher. Auch diese hatten schon vor dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs begonnen, wurden aber durch diesen verschärft.

Eine Kombination aus verschiedenen Faktoren sind dafür ausschlaggebend gewesen. Nicht zuletzt die Lieferkettenengpässe als Folge der ungeplanten kapitalistischen Produktionsweise und der kapitalistischen Globalisierung, aber auch das Pumpen von Geld in den Wirtschaftskreislauf durch die so genannten Rettungsprogramme im Rahmen der Pandemie. Die Kapitalist*innen sind sich nicht einig, wie sie mit dieser Krise umgehen sollen. Ein Mittel ist

das Anheben der Leitzinsen durch die Zentralbanken, was jedoch angesichts der enormen Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Privathaushalten zu wirtschaftlichen Zusammenbrüchen führen kann. Einige Strateg*innen des Kapitals argumentieren offen dafür, dass eine Rezession – und mit ihr ein Anstieg der Massenarbeitslosigkeit und Verelendung von Teilen der Arbeiter*innenklasse – einer fortgesetzten hohen Inflation vorzuziehen ist. Vieles spricht aber dafür, dass der Kapitalismus in eine Krisenphase eintritt, in der beide Phänomene bestehen: Stagnation bzw. Rezession und Inflation!

Krisen sind nicht durch eine andere Wirtschaftspolitik im Rahmen des kapitalistischen Systems zu verhindern, wie es manche Linke vorschlagen, die sich an den Wirtschaftstheorien von John Maynard Keynes orientieren und ein Zurück zu mehr staatlicher Regulation und Umverteilung von Oben nach Unten oder eine Ausweitung der Geldmenge durch Zentralbanken vorschlagen, ohne den Kapitalismus insgesamt in Frage zu stellen (wobei darauf hingewiesen werden muss, dass die Ideen von Keynes nicht per se links sind, sondern auch von rechten Kräften genutzt werden können).

Viele solcher Maßnahmen würden wir begrüßen, aber sie würden an den dem System innewohnenden Widersprüchen des Kapitalismus nichts ändern. Sie würden die Profite der Kapitalist*innen schmälern, was zu weniger Investitionen und Gegenmaßnahmen führen würde und alleine deswegen die Entwicklung von Wirtschaftskrisen nicht verhindern würde.

In früheren Aufschwungphasen des Kapitalismus führte eine keynesianische Wirtschaftspolitik vorübergehend dazu, dass die Arbeiter*innenklasse einen größeren Teil des Kuchens abbekam. Auch heute gibt es angesichts der

Krisen vermehrt staatliche Eingriffe in die Wirtschaft bis hin zu kapitalistischen Verstaatlichungen. Diese finden aber immer im Interesse der Kapitalist*innen und zur Rettung ihres Systems statt und verhindern weder kapitalistische Krisen noch steigern sie nachhaltig den Lebensstandard der Arbeiter*innenklasse. Sie haben neoliberale Maßnahmen nicht abgelöst, sondern werden parallel zu ihnen umgesetzt, genauso wie der stattfindende Prozess der De-Globalisierung die weltweiten gegenseitigen Abhängigkeiten nicht beendet hat und nicht beenden kann.

Der Kapitalismus ist in eine Periode permanenter Krisen eingetreten, die von den kapitalistischen Regierungen ein permanentes Krisenmanagement verlangen. Krisenmanagement bedeutet Reagieren auf Ereignisse und nicht planvolles Agieren, bedeutet Zick-Zacks in der Wirtschaftspolitik je nachdem, was gerade nötig erscheint, um die schlimmsten Brände zu löschen oder wenigstens an einer Ausbreitung zu hindern.

EU

Auch die Europäische Union und der Euro funktionieren nicht im Interesse der Bevölkerung, sondern nur der Banken und Konzerne. Die EU selbst ist undemokratisch. Es kommen auf jeden Abgeordneten in Brüssel 35 Lobbyist*innen. Die EU ist ein Klub pro-kapitalistischer Regierungen und wird dominiert von den mächtigen Staaten – vor allem Deutschland und Frankreich. So sehen auch die Spielregeln der EU aus: In der Euro-Krise hat die EU die Bevölkerungen Südeuropas mit Kürzungsdiktaten ausbluten lassen, um die Krise zu überwinden. Wir sind Internationalist*innen, aber EU und Euro vergrößern die nationale Spaltung anstatt sie

zu überwinden. Wir sind der Meinung: Die Kritik an der EU der Banken und Konzerne darf nicht nationalistischen und rechtspopulistischen Kräften überlassen werden. Und: Diese EU ist nicht im Sinne der Arbeiter*innen Europas zu reformieren. Die Verträge der EU sind auf eine Verbesserung der Profitbedingungen für die Banken und Konzerne ausgerichtet und können im Zweifel genutzt werden, um zum Beispiel Verstaatlichungen von Banken und Konzernen zu verhindern. Diese EU kann nicht einfach durch andere politische Mehrheiten im Europaparlament oder durch die eine oder andere Veränderung in ihrer Verfasstheit im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung reformiert werden. Alle Verträge müssen zerrissen, alle Gremien und Institutionen aufgelöst werden, um die Voraussetzungen zu einer Vereinigung Europas im Interesse der arbeitenden Menschen zu schaffen. Auf kapitalistischer Basis ist das nicht möglich – weder eine soziale, ökologisch nachhaltige und friedliche EU noch eine wirkliche Vereinigung der europäischen Staaten. Nur auf Basis internationaler Massenbewegungen gegen den Kapitalismus und einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft wäre das möglich. Die Sol tritt deshalb für eine freiwillige Vereinigung sozialistischer Staaten in Europa ein.

Viele Menschen lehnen die EU ab, weil sie eine undemokratische Struktur ist, auf die man noch weniger Einfluss nehmen kann, als auf die nationalen Regierungen. Das Gefühl, dass die Politiker*innen und Wirtschaftsbosse machen, was sie wollen, ist zurecht weit verbreitet.

Viele denken, es würde ausreichen, demokratische Entscheidungsprozesse im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems auszuweiten. Oft werden Volksabstimmungen als Mittel dazu propagiert und es gibt immer mehr Volksbegehren von unten, die solche Volksabstimmungen

durchsetzen wollen. Die Sol hat sich schon oft an solchen Volksbegehren beteiligt. Wir sind aber der Meinung, dass wirkliche Demokratie nicht bedeutet, zusätzlich zu den Parlamentswahlen ab und zu über Einzelfragen direkt entscheiden zu können. Dabei sind Volksabstimmungen auch ein zweischneidiges Schwert. Die Herrschenden sind besser ausgerüstet, um den Propagandakrieg vor einem solchen Referendum für sich zu entscheiden, denn sie haben Geld und Medien zu ihrer Verfügung. Auch können sie durch die Formulierung der Fragestellung Einfluss auf das Ergebnis nehmen. So ist zum Beispiel zu erklären, dass trotz einer riesigen Massenbewegung gegen das Bauprojekt Stuttgart 21, bei einer Volksabstimmung eine Mehrheit dafür heraus kam. Andere Volksabstimmungen waren erfolgreich, wie zuletzt das Referendum in Berlin für die Enteignung von Immobilienkonzernen. Aber auch hier zeigt sich, dass eine gewonnene Volksabstimmung noch keine Garantie für die Umsetzung des Beschlusses ist – der rot-rot-grüne Senat in Berlin hat eine Expert*innenkommission eingesetzt, um die Umsetzung zu verschleppen.

Wirkliche Demokratie bedarf direkter Einflussmöglichkeiten, jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit von Gewählten, das Verbot von Privilegien und ein Durchschnittseinkommen für Mandatsträger*innen und vor allem eine Reduzierung der Arbeitszeit, damit möglichst viele Menschen die Zeit haben, sich in gesellschaftliche Debatten und Prozesse einzubringen. Im Kapitalismus, in der es nicht nur in der Wirtschaft das Privateigentum, sondern auch in der Gesellschaft eine ungleiche Verteilung von Ressourcen und Einflussmöglichkeiten zugunsten der Herrschenden gibt, kann es keine wirkliche Demokratie geben.

SOLIDARITÄT
Sozialistische Zeitung
ORGANISIEREN
KÄMPFEN
STREIKEN
FÜR:
Enteignung der Immobilienkonzerne
ÖPNV-Nulltarif & Klimaschutz
Höhere Steuern für die Reichen
Verteidigung von Arbeitsplätzen
Sozialistische Demokratie

Sozialismus ist Notwendigkeit… aber was ist eigentlich Sozialismus?

Die Sol ist davon überzeugt: Im Rahmen der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse werden die sozialen und ökologischen Probleme der Menschheit nicht gelöst werden können. Im Gegenteil: Die Herrschaft der Banken und Konzerne ist eine Bedrohung für die menschliche Zivilisation. Die von Rosa Luxemburg vor über einhundert Jahren formulierte historische Alternative „Sozialismus oder Barbarei" ist hochaktuell und wird sich möglicherweise für die heutige Menschheitsgeneration entscheiden müssen. Es geht um nicht mehr oder weniger als die Rettung der menschlichen Zivilisation.

Es hat noch keinen Sozialismus auf der Welt gegeben. Nicht in der Sowjetunion, nicht in der DDR, nicht in China und auch nicht auf Kuba. Sozialismus bedeutet weltweit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und demokratische Kontrolle und Verwaltung der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung. Im Sozialismus gibt es keine repressiven Staatsapparate, er ist die freie Verbindung der Menschen ohne Zwang und Not.

Die Diktaturen der Parteibürokratien in den Staaten, die sich sozialistisch nannten, waren schlechte Karikaturen von Sozialismus. Es waren stalinistische Staaten - auch nach Stalins Tod. In der Sowjetunion, China und der DDR lag die politische Macht nicht bei der Arbeiter*innenklasse, sondern diese wurde beherrscht – von einer Clique privilegierter Bürokrat*innen in Partei und Staat. Das ist heute auf Kuba weiterhin der Fall, auch wenn wir die Errungenschaften der kubanischen Revolution, wie das gut ausgebaute staatliche Gesundheitswesen, verteidigen. In einer wirklich sozialistischen Gesellschaft gäbe es tatsächliche Demokratie. Das bedeutet nicht, dass die Menschen nur alle vier Jahre wählen dürfen, wer über sie regiert (und wer

sie belügt und betrügt). Das bedeutet, das auf allen Ebenen der Gesellschaft demokratische Strukturen geschaffen werden, die die Kontrolle und Verwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen.

Dabei wird sich eine sozialistische Demokratie auch dadurch von der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie unterscheiden, dass in ihr die demokratischen Rechte nicht am Betriebstor aufhören. Eine demokratische Organisierung der Wirtschaft setzt aber voraus, dass diese nicht im Privateigentum einer Minderheit ist, sondern der gesamten Gesellschaft gehört. Deshalb ist die Überführung der großen Banken, Konzerne und Versicherungen in öffentliches Eigentum eine notwendige Voraussetzung zur Entwicklung einer sozialistischen Demokratie.

Das bedeutet nicht, dass jegliches Privateigentum abgeschafft wird. Weder das eigene Auto noch der Fernseher und auch nicht das eigene Häuschen (für die, die es haben) würden enteignet. Etwas verlieren werden durch Sozialismus nur die superreichen Kapitalist*innen, Großaktionär*innen und Grundbesitzer*innen. Auch selbständige Handwerker*innen, kleine Landwirt*innen und kleine Gewerbetreibende würden von einer Überwindung des Kapitalismus profitieren, denn sie würden nicht mehr von den Großbanken ausgepresst und im Konkurrenzkampf zermahlen.

Sozialistische Demokratie

In einer sozialistischen Demokratie würden auf allen Ebenen Vertreter*innen gewählt, die in der Wirtschaft, der Kommune, dem Bildungswesen etc. Leitungsaufgaben übernehmen. Diese Vertreter*innen wären jederzeit wähl-

und abwählbar. Dadurch wäre eine permanente Kontrolle und Interventionsmöglichkeit der Basis gewährleistet. Wenn die Arbeiter*innen im Betrieb, die Bewohner*innen des Stadtteils oder die Beschäftigten und Studierenden an der Hochschule zu der Erkenntnis gelangen, dass gewählte Vertreter*innen ihre Aufgabe schlecht erledigen, könnten sie diese jederzeit abwählen und durch andere Personen ersetzen.

Solche gewählten Vertreter*innen würden – anders als im Kapitalismus und in den stalinistischen Staaten – keine finanziellen oder andere materiellen Privilegien erhalten, sondern nur einen Lohn entsprechend des Durchschnitts in der arbeitenden Bevölkerung bekommen. Die finanzielle Privilegierung von Bundestagsabgeordneten, aber auch von Gewerkschaftsfunktionär*innen, führt dazu, dass sie „abheben" und die Ängste und Nöte derjenigen Menschen, die sie eigentlich vertreten sollen, nicht mehr kennen.

Durch die Durchführung von regelmäßigen Vollversammlungen in Betrieben, Nachbarschaften und Bildungseinrichtungen und durch die demokratische Wahl von Räten auf allen Ebenen, würde die Masse der Bevölkerung in die Diskussionen und Entscheidungsfindungen einbezogen. Ausgehend von den lokalen und betrieblichen Räten würden Delegierte auf regionale, nationale und internationale Ebenen entsendet und könnten dort Leitungsgremien - Regierungen - bilden. Der russische Revolutionär Lenin hat einmal gesagt, dass jede Köchin Ministerpräsidentin werden können muss und sich für die Rotation von Ämtern ausgesprochen. Dies würde möglich, wenn durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit, durch ganztägige Kinderbetreuung und einen massiven Ausbau des Bildungswesens alle Menschen in die Lage versetzt werden,

an Diskussionen und Entscheidungen teilzunehmen.

Auch einen von der Bevölkerung getrennten und nicht gewählten Staatsapparat (Polizei, Militär, Justiz) würde es nicht mehr geben. Polizei- und Justizaufgaben, so sie überhaupt noch nötig sind, würden ebenfalls von demokratisch gewählten Gerichten und bewaffneten Einheiten übernommen. Solange es einen Polizei- oder Ordnungsapparat geben muss, würde dieser von demokratisch gewählten Gremien in den Nachbarschaften und Städten kontrolliert.

Alles utopisch?

Kann das überhaupt funktionieren? Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass die Arbeiter*innenklasse in der Lage ist, sich zu organisieren und ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Ob die Bildung der Räte in der deutschen Revolution 1918/19 und vielen folgenden Revolutionen weltweit im 20. Jahrhundert oder der Aufbau von starken Gewerkschaften. Ob Schüler*innen- und Studierendenvertretungen oder Genossenschaften. Selbst das ehrenamtliche Engagement von Millionen bei der Geflüchtetenhilfe, in Sportvereinen, Mieter*innenvereinigungen und anderen Vereinen ist ein Hinweis auf das Potenzial, das für eine Selbstverwaltung in der Bevölkerung besteht.

Kann eine Planwirtschaft funktionieren? Demokratische Planwirtschaft bedeutet zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen zu produzieren – und dabei den Erhalt der Umwelt als ein oberstes Bedürfnis zu verstehen. Es ist heute, im Zeitalter von Internet und digitalen Daten, ein leichtes, die Bedürfnisse der Menschen festzustellen. Tatsächlich wird im Kapitalismus ja auch geplant. Die großen Konzerne geben viel Geld für die Marktforschung aus, aber

sie planen gegeneinander. Im Sozialismus wird Kooperation groß geschrieben und Konkurrenz abgeschafft.

Aber es geht nicht nur darum sicherzustellen, dass alle Menschen die Jeans bekommen, die sie sich wünschen und ausreichend verschiedene Käsesorten im Supermarktregal vorhanden sind. Nur in einer demokratischen Planwirtschaft könnten Forschung und Technologie auf die wichtigsten Bereiche für die Menschheit konzentriert werden: Rettung der Umwelt, Abschaffung des Hungers, Bekämpfung von Pandemien und anderen todbringenden Krankheiten und Seuchen. Durch eine Beendigung der Aufrüstung, durch das Einstellen der blödsinnigen Werbe- und Verpackungsindustrie, durch die Bereitstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse für alle, würden die Voraussetzungen geschaffen, viel mehr Geld und Wissen in diese Bereiche zu stecken.

Aber ist der Mensch nicht zu schlecht für den Sozialismus? Das ist das Lieblingsargument von denen, die nicht leugnen können, dass Sozialismus die bessere Gesellschaftsform wäre. Dann heißt es eben: Aber der Mensch ist von Natur aus gierig und es wird immer welche geben, die mehr Geld, Macht und Einfluss haben wollen als die Mehrheit.

Aufgrund der Erfahrungen in der Sowjetunion und DDR scheint es eine historische Bestätigung dieser These zu geben. Aber: Der Mensch ist vor allem ein soziales Wesen. Nur durch Kooperation konnte sich die Menschheit überhaupt so weit entwickeln. Archäologische und anthropologische Forschung kommen zu der Schlussfolgerung, dass die Menschheit nicht immer in Klassen unterteilt war, sondern die ersten menschlichen Gesellschaften klassenlos waren – und demnach auch keine Ausbeutung und Unter-

drückung innerhalb ihrer Gesellschaften kannten.

Gleichzeitig wird das Denken und Bewusstsein von Menschen durch die Verhältnisse bestimmt, in denen sie leben müssen. Die kapitalistische Konkurrenz führt zwangsläufig dazu, dass Konkurrenzdenken gefördert wird. Aber die Erfahrung, dass man gemeinsam kämpfen muss, um zum Beispiel eine Lohnerhöhung durchzusetzen, führt zu gegenteiligen – solidarischen – Schlussfolgerungen im Denken. Letztlich sind im Menschen egoistische und solidarische Eigenschaften vorhanden. Welche sich durchsetzen, hängt von vielen Faktoren ab, vor allem aber von der eigenen Lebenssituation und der Erkenntnis, wie diese zu verbessern ist. Ein „gesunder Egoismus" von Arbeiter*innen kann ja gerade zum gemeinsamen Kampf für die gemeinsamen Interessen – gegen die Interessen der Kapitalist*innen – führen. Erfahrungen mit solchen Kämpfen und auch das Eingreifen von Sozialist*innen können eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung eines solidarischen und sozialistischen Bewusstseins bilden. Und wenn das gelingt, ist der Mensch auch nicht zu schlecht für den Sozialismus.

Was ist Trotzkismus?

Trotzkismus ist moderner Marxismus. Trotzki war einer der wichtigsten Marxisten im frühen 20. Jahrundert und neben Lenin die bedeutendste Führungspersönlichkeit in der Russischen Revolution 1917. Er führte den Kampf gegen die Stalinisierung der Sowjetunion und für Freiheit der Kritik und demokratische Rätestrukturen in der Gesellschaft. Er kritisierte die Entwicklung hin zur

Diktatur unter Stalin und musste dafür 1940 mit dem Leben bezahlen, als er von dem stalinistischen Agenten Ramon Mercader im mexikanischen Exil ermordet wurde.

Doch Trotzki war nicht nur Kritiker des Stalinismus. Er entwickelte die marxistische Theorie und Politik entscheidend weiter. Seine Theorie der »Permanenten Revolution« gibt eine Antwort darauf, wie Länder mit halbfeudalen Strukturen, wie Russland 1917 und große Teile Lateinamerikas, Afrikas und Asiens heute, ihre Rückständigkeit überwinden können.

Ende der 1920er Jahre war er einer der Ersten, der die Gefahr, die von den Nazis ausging, erkannte und für eine wirkliche Arbeiter*inneneinheitsfront aus Kommunistischer Partei und Sozialdemokratischer Partei (die damals noch eine Arbeiter*innenpartei mit bürgerlicher Führung war und nicht durch und durch kapitalistisch wie heute) argumentierte, um die Machtergreifung Hitlers zu verhindern (anders als die von der KPD propagierte „Einheitsfront von unten", die einen Bruch der sozialdemokratischen Arbeiter*innen mit ihrer Führung, die gleichzeitig als sozialfaschistisch bezeichnet wurde, zur Bedingung für gemeinsame Aktionen machte).

Nachdem die Kommunistische Internationale aufgehört hatte, ein Instrument für den Befreiungskampf der Arbeiter*innenklasse zu sein, gründete Trotzki 1938 mit seinen weltweiten Unterstützer*innen die Vierte Internationale als neue weltweite sozialistische und revolutionäre Organi-

sation. In dieser Tradition stehen die Sol und das Komitee für eine Arbeiter*inneninternationale.

Heute ist der Trotzkismus die Strömung in der Linken, die sich konsequent für eine Strategie zur Überwindung des Kapitalismus einsetzt, die für eine internationale unabhängige Organisierung der Arbeiter*innenklasse kämpft und die den Wiederaufbau der Arbeiter*innenbewegung voran treibt.

Der Stalinismus

Aber haben Sowjetunion und DDR nicht bewiesen, dass Sozialismus nicht funktioniert? Die Erfahrungen in den Ländern, die sich sozialistisch nannten, zeigen nur, dass Sozialismus Demokratie braucht und dass er auf Dauer nur weltweit funktionieren kann.

Mit der Oktoberrevolution 1917 machte die Arbeiter*innenklasse in Russland den Versuch, den Kapitalismus zu überwinden und den Weg zum Sozialismus einzuschlagen. In der ersten Phase nach der Revolution war der neue sowjetische Arbeiter*innenstaat die demokratischste Gesellschaft, die es bisher in der Menschheitsgeschichte gab. Aber die russische Arbeiter*innenklasse geriet unter starken Druck. Die russischen Kapitalisten und ihre Freund*innen in den imperialistischen Staaten zwangen dem jungen Staat einen Bürger*innenkrieg auf, der Wirtschaft und Gesellschaft noch weiter zurück fallen ließ, als dies durch den Ersten Weltkrieg ohnehin schon geschehen war. Viele der politisch bewusstesten Arbeiter*innen fielen im Bürger*innenkrieg, die Wirtschaft wurde zerstört, Hungersnöte brachen aus. Hinzu kam, dass das Kultur-

und Bildungsniveau in dieser landwirtschaftlich geprägten Gesellschaft ohnehin sehr niedrig war. Die Bedingungen für die Arbeiter*innenklasse, eine demokratische Kontrolle und Verwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft umzusetzen, waren denkbar schlecht.

Der neue Staat musste viele Beamt*innen und Leitungsfunktionär*innen aus der alten zaristischen Gesellschaft übernehmen – und musste sie zum Teil durch höhere Gehälter für ihre Dienste an der neuen Gesellschaft bestechen. Dessen waren sich die wichtigsten Führer der Russischen Revolution, Lenin und Trotzki, sehr bewusst. Deshalb betonten sie unermüdlich, dass die Arbeiter*innenmacht in Russland nur wird überleben können, wenn sie durch siegreiche sozialistische Revolutionen in Europa Unterstützung finden würde, auch weil der Sieg des Sozialismus aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen Arbeitsteilung nur weltweit möglich ist. Dies blieb aus. Die Revolutionen in Deutschland, Ungarn, Italien endeten aufgrund des Verrats durch die Führung der sozialdemokratischen Parteien und Fehler der jungen kommunistischen Parteien in Niederlagen für die Arbeiter*innenklasse. Sowjet-Russland blieb isoliert und geschwächt.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich in Russland eine privilegierte bürokratische Elite aus dem Funktionärsapparat der führenden bolschewistischen Partei und des Staates. Stalin wurde zur Personifizierung dieser Bürokratie, aber auch nach seinem Tod änderte sich nichts an den grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen in diesen Staaten.

Diese Bürokratie wirkte wie ein Krebsgeschwür in der Planwirtschaft. Jegliche demokratischen Debatten, Wahlen und Entscheidungsfindungen wurden durch sie unterbun-

den. Ein von Korruption und Konservatismus geprägter Staatsapparat entstand, der sich immer mehr im Widerspruch zur Masse der Bevölkerung befand.

Planwirtschaft führte zu Fortschritt

Gleichzeitig blieb der Kapitalismus bis 1990 abgeschafft und wurde die Wirtschaft nicht durch Konkurrenzkampf und Profitlogik dominiert. Dies führte dazu, dass die Sowjetunion eine beachtliche wirtschaftliche Entwicklung erreichte, was eine große Anziehungskraft auf die Massen vor allem in den armen Regionen der Welt ausübte. Nach dem Zweiten Weltkrieg dehnte sich das stalinistische System auf Osteuropa und China aus, später auch auf einige Staaten Afrikas und Kuba. Es war dort überall ein Fortschritt, dass Privateigentum an Produktionsmitteln und das Wirtschaften für den Profit der Kapitalist*innen beendet wurde. Das führt dazu, dass die sozialen Grundbedürfnisse der Menschen in den stalinistischen Staaten gesichert werden konnten. So ist die Lebenserwartung auf Kuba höher als in den USA. „Ellenbogendenken" durchzog nicht das gesamte gesellschaftliche Leben und es gab keine Angst vor Arbeitslosigkeit und Verarmung. In diesem Sinne hat sich die Überlegenheit einer Planwirtschaft, wenn auch in verzerrter Form, in den stalinistischen Staaten gezeigt. Verzerrt, weil dies aufgrund der bürokratischen und diktatorischen Struktur der Gesellschaft nur mit großen Opfern möglich war: indem zum Beispiel Zwang bei der Kollektivierung der Landwirtschaft angewendet wurde, ökologische Nachhaltigkeit bei der Ausrichtung der Wirtschaft keine Rolle spielte und Arbeitsbedingungen oft gesundheitsschädlich waren. Im negativen Sinne auch seit dem Zusammenbruch

dieser Staaten: Denn außer Reisefreiheit (die viele nicht nutzen können, weil ihnen das nötige Kleingeld fehlt), Coca-Cola, Volkswagen und anderen Konsumgütern, hat die Wiedereinführung des Kapitalismus in diesen Staaten auch Massenarbeitslosigkeit, Armut, soziale Unsicherheit, Prostitution gebracht.

Die Sol ist und ihre Vorgängerorganisationen Voran und SAV, sowie international das CWI und seine Vorläuferorganisationen, waren kompromisslose Gegnerinnen des Stalinismus. Gleichzeitig haben wir das Staatseigentum an der Wirtschaft und die Planwirtschaft verteidigt und für wirkliche Arbeiter*innenmacht gekämpft. Deshalb haben wir die Kämpfe von Arbeiter*innen gegen die stalinistische Bürokratie, ob in der DDR 1953, Ungarn 1956, der Tschechoslowakei 1968 oder Polen 1981 unterstützt und auch die Anfänge der politischen Revolution 1989 begrüßt, bevor diese sich in eine kapitalistische Konterrevolution verwandelt hat. Wir stehen in der Tradition von Leo Trotzki und der von ihm gegründeten Linken Opposition und Vierten Internationale, die den Kampf für eine Abeiter*innendemokratie auf Basis der verstaatlichten Planwirtschaft in der Sowjetunion seit Mitte der 1920er Jahre führten.

Ein Ein-Parteien-Regime und Funktionärsprivilegien waren niemals die Ziele wirklicher Sozialist*innen und werden von der Sol nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit dem Stalinismus grundsätzlich abgelehnt.

SOZIALISTISCHE
ORGANISATION

Aktivistin der Socialist Party, CWI in England und Wales

Ist Sozialismus erreichbar?

Eine Gesellschaft, die von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert und verwaltet wird, kann nur durch die Mehrheit der Bevölkerung erreicht werden.

Die Arbeiter*innenklasse ist die Kraft in der Gesellschaft, die die Möglichkeit hat, den Kapitalismus zu stürzen und eine andere Gesellschaft zu organisieren. Denn sie hat die entscheidende Stellung im Produktionsprozess, in der Wirtschaft, und sie kommt am Arbeitsplatz zusammen und kann ein kollektives Bewusstsein entwickeln und dadurch kollektiv kämpfen. Sie kann die Kapitalist*innen durch Streiks nicht nur da treffen, wo es ihnen weh tut – beim Profit. Sie kann auch die ganze Wirtschaft aus den Händen der Privateigentümer*innen in die eigenen Hände übernehmen – durch Betriebsbesetzungen und den Aufbau von Belegschaftskomitees. Denn es geht um mehr als nur einen Regierungswechsel auf der Basis unveränderter gesellschaftlicher Verhältnisse.

Der Kapitalismus kann nur überwunden werden durch die bewusste Aktion der Arbeiter*innenklasse. Streiks, Generalstreiks, Betriebsbesetzungen, Aufstände sind nötig, um die Macht der Banken und Konzerne zu brechen und die ersten Schritte zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gehen.

Ohne Revolution wird das nichts. Revolution bedeutet die bewusste Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse durch die Mehrheit der Bevölkerung – und die Schaffung neuer Macht- und Eigentumsverhältnisse. Revolutionen werden nicht von Organisationen und Parteien gemacht, sie sind Ergebnis der gesellschaftlichen Widersprüche und werden von den Massen selber begonnen. Sie sind auch kein Ereignis von einem Tag, sondern oftmals lange Prozesse, in denen Radikalisierungsprozesse unter

den Massen stattfinden, die dann in Ereignisse umschlagen, die die gesellschaftlichen Machtverhältnisse auch in wenigen Tagen grundlegend verändern können. Aber eine Revolution braucht ein Programm, eine Organisation und eine Führung, um erfolgreich zu sein. Deshalb ist der Aufbau einer starken marxistischen Organisation nötig.

Organisation nötig

Heute hat die Arbeiter*innenklasse keine starken Organisationen, die konsequent ihre Interessen vertreten und sich eine sozialistische Veränderung zum Ziel setzen. In der Arbeiter*innenklasse gibt es zwar viel Unzufriedenheit mit den Verhältnissen im Kapitalismus und auch wachsende Sympathien für sozialistische Ideen, aber es gibt kein ausgeprägtes sozialistisches Bewusstsein.

Und trotzdem finden täglich Kämpfe statt, in denen Arbeiter*innen, Erwerbslose und Jugendliche in einen Widerspruch zu den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen geraten. Ob Streiks gegen Betriebsschließungen oder für Lohnerhöhungen und Inflationsausgleich, ob Kampagnen für mehr Personal in Krankenhäusern und für die Enteignung der Immobilienkonzerne, ob Bewegungen gegen Rassismus und Faschist*innen, ob Klimaproteste oder Bewegungen gegen Sexismus, ob Jugendproteste gegen Studiengebühren und Bildungsnotstand oder ob im Kampf gegen Kürzungen öffentlicher Ausgaben.

Seit der Großen Rezession von 2007 bis 2009 haben wir weltweit Massenbewegungen erlebt, die riesige Ausmaße angenommen haben: Die revolutionären Bewegungen in Nordafrika 2011, die Gezi-Proteste in der Türkei, die Indignados-Bewegung, Platzbesetzungen und Generalstreiks

in Spanien und Griechenland, Massenproteste gegen Fahrpreiserhöhungen in Brasilien, Fridays For Future, Massenaufstände in Chile, im Libanon, Kasachstan, Sri Lanka und anderen Ländern, der Aufstand im Iran …

In Deutschland hat es in diesen Jahren auch immer wieder Streiks und Massendemonstrationen gegeben, wie zum Beispiel die Streiks von Lokführer*innen und an Krankenhäusern, die Fridays For Future-Schüler*innenstreiks, die Unteilbar-Massendemonstration 2018 und andere. Und auch hier werden wir in Zukunft weitere und noch größere Massenbewegungen und -streiks erleben. Warum wir uns da so sicher sind? Weil die von Preissteigerungen, Entlassungen und Sozialabbau Betroffenen gar keine andere Wahl haben, als sich zur Wehr zu setzen.

Aber es bedarf einer starken Organisation und der richtigen Ideen, um Kämpfe und Bewegungen zum Erfolg zu führen.

Hätte es in Ägypten zum Zeitpunkt des Massenaufstands gegen Mubarak im Jahr 2011 eine starke, in den Betrieben und Nachbarschaften verankerte revolutionär-sozialistische Massenpartei gegeben, hätte der Sturz des Diktators zu wirklicher Demokratie und der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse führen können. Genauso gilt, dass in Griechenland in den Jahren der so genannten Euro-Krise in den Jahren ab 2010 eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft möglich gewesen wäre, wenn anstatt der angepassten und reformistischen Syriza-Führung, eine revolutionär-sozialistische Partei die Regierung gestellt hätte. Ähnliches gilt für eine Reihe von lateinamerikanischen Ländern oder die Aufstände in Kasachstan, in Sri Lanka und im Iran im Jahr 2022.

Deshalb bauen wir mit der Sol und dem CWI eine mar-

xistische Organisation auf, die aus vergangenen Revolutionen und der Geschichte der sozialistischen Bewegung die nötigen Schlussfolgerungen gezogen hat und sozialistische Ideen in Kämpfe und Bewegungen hinein trägt. Damit Forderungen, Strategien, Organisationen und eine Führung entwickelt werden, die zum Erfolg führen.

Genoss*innen der United Socialist Party, CWI in Sri Lanka

Die Arbeiter*innen-bewegung neu aufbauen

Es gibt unendlich viele Gründe für Arbeiter*innen, Erwerbslose und Jugendliche, Widerstand zu leisten. Aber in den letzten drei Jahrzehnten gab es in Deutschland viele kampflose Niederlagen und wenig Beispiele für erfolgreichen Widerstand. Die neoliberale Offensive der Kapitalist*innen und ihrer Regierungen konnte nicht gestoppt werden. Der Grund hierfür ist nicht, dass die Neoliberalen die besseren Argumente haben oder dass die Kapitalist*innen einfach stärker und mächtiger als die Arbeiter*innenklasse sind. Der Grund ist, dass die Arbeiter*innenklasse politisch und zunehmend auch organisatorisch entwaffnet wurde. Sie hat die Argumente und das Bewusstsein gegen die kapitalistische Logik „verloren" bzw. sie sind ihr genommen worden. Und ihre Organisationen, mit denen Widerstand organisiert werden kann, wurden politisch und organisatorisch geschwächt, auch wenn die Gewerkschaften weiterhin die potenziell stärkste organisierte Kraft in der Gesellschaft sind.

„Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft"

- Karl Liebknecht -

Junge Menschen sind in Europa in besonderem Maß von der Krise betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt im Süden des Kontinents zum Teil bei über dreißig Prozent. In Deutschland leiden Kinder und Jugendliche schon in der Schule unter Stress und Leistungsdruck, müssen sich dann durch schlecht bezahlte Praktika quälen, landen in unsicheren Arbeitsverhältnissen und haben Zukunftsangst.

Leider wissen viele Jugendliche gar nicht mehr,

dass das nicht immer so war. Denn die Schwächung der Linken und der Arbeiter*innenbewegung in den letzten dreißig Jahren hat auch einen Traditions- und Wissensfaden gerissen. Trotzdem sind Jugendliche oftmals die ersten, die sich gegen ungerechte Verhältnisse zur Wehr setzen, wie die Bewegung gegen den Klimawandel zeigt.

Für die Sol ist politische Aktivität unter Jugendlichen eine Priorität. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, diesen gerissenen Faden wieder zu verknoten und eine neue Generation für sozialistische Ideen zu gewinnen. Denn die Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden von heute sind die Arbeiter*innen von morgen.

Deshalb waren Sol-Mitglieder lange in der linksjugend ['solid] engagiert und bauten dort den Bundesarbeitskreis Revolutionäre Linke mit anderen zusammen auf, der für eine internationalistische, klassenkämpferische und sozialistische Politik im Jugendverband kämpfte. Nachdem dieser Verband jedoch immer unattraktiver für Jugendliche wurde, weil die bundesweite Mehrheit eine identitätspolitische und karrieristische Ausrichtung hat und keine wirkungsvollen Kampagnen durchführt, die Jugendliche aus der Arbeiter*innenklasse ansprechen könnten, haben wir gemeinsam mit anderen 2023 „Jugend für Sozialismus" gegründet – einen Jugendverband, an dem sich Mitglieder und Gruppen von linksjugend ['solid] genauso beteiligen, wie Jugendliche, die dort nicht organisiert sind.

In der Sol kommen junge Mitglieder in Jugend-

treffen zusammen und diskutieren selbständig über die Aktivitäten unter Jugendlichen. Aber: In der Sol kann auch das jüngste Mitglied auf gleicher Augenhöhe mit den älteren Mitgliedern diskutieren und mitentscheiden.

SPD für Kapitalismus

Vor 150 Jahren hat die Arbeiter*innenklasse mit SPD und Gewerkschaften Organisationen aufgebaut, die zur Verteidigung ihrer Interessen und zum Kampf für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft dienen sollten. Doch SPD und Gewerkschaften sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Heute ist die SPD eine durch und durch pro-kapitalistische Partei. Bis zum Ende der 1980er Jahre war die SPD eine Partei, die zwar seit ihrer Zustimmung zum Ersten Weltkrieg 1914 eine pro-kapitalistische Führung hatte, aber auch eine Massenbasis in der Arbeiter*innenklasse. Heute sind die Ortsvereine entleert und bestehen aus Rechtsanwält*innen, Akademiker*innen und Unternehmer*innen. Arbeiter*innen und aktive Basis-Gewerkschafter*innen verirren sich kaum noch zu SPD-Versammlungen. Die Arbeiter*innenklasse sieht die SPD nicht mehr als „ihre" Partei. Damit war ein Vakuum auf der Linken entstanden. Denn trotz ihres begrenzten Programms und ihrer pro-kapitalistischen Führung war die SPD viele Jahrzehnte eine Massenpartei, durch die die Arbeiter*innenklasse versuchte, ihre Interessen politisch zum Ausdruck zu bringen. Die entstandene Leerstelle wurde nach der Vereinigung von BRD und DDR auch nicht durch die aus der DDR-Staatspartei SED hervorgegangene PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) gefüllt. Diese war

aufgrund ihrer stalinistischen Vergangenheit und ihrer angepassten politischen Praxis in der Gegenwart nicht in der Lage, Menschen zu begeistern und zu gewinnen. Wir sind deshalb seit Mitte der neunziger Jahre für den Aufbau einer neuen Arbeiter*innenpartei eingetreten. Damit meinten wir eine Partei, die Gewerkschafter*innen, Sozialist*innen, Aktive aus sozialen Bewegungen etc. zusammen bringt und vor allem Arbeiter*innen und Jugendliche, die bisher nicht politisch aktiv waren, begeistern und organisieren sollte. Wir sind davon überzeugt, dass es heute sehr viele Menschen gibt, die sich einer solchen Partei anschließen würden, wenn sie durch eine kämpferische und glaubwürdige Praxis unter Beweis stellen würde, dass sie sich von den etablierten pro-kapitalistischen Parteien grundsätzlich unterscheidet. Eine solche Arbeiter*innenpartei wäre, auch wenn sie sich grundsätzlich für Sozialismus aussprechen würde, noch nicht die Art von revolutionär-sozialistischer Partei, die zur erfolgreichen Durchführung einer sozialistischen Veränderung nötig ist, aber sie wäre ein Schritt in Richtung der Bildung einer solchen Partei und würde ein Forum bieten, die notwendigen Debatten über sozialistische Strategie und Taktik in der Arbeiter*innenklasse zu führen.

WASG und DIE LINKE

2004 wurde die WASG (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit) gegründet. Das war eine Folge des massiven Angriffs, den die Agenda 2010 und Hartz IV der SPD-geführten Regierung auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiter*innenklasse darstellte. Die Gründung der WASG war Teil der sich formierenden Protestbewegung

gegen diese unsoziale Politik und wurde unter anderem von vormals sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsfunktionär*innen voran getrieben. Darin sahen wir eine Chance, dass eine neue politische Interessenvertretung der Arbeiter*innenklasse, eine Arbeiter*innenpartei, entstehen kann und wir haben uns von Beginn an an ihrem Aufbau beteiligt. Wir sind dabei für ein sozialistisches Programm, eine demokratische und offene Struktur und für eine kämpferische Praxis, die eine Priorität auf die Unterstützung und Organisierung von Protesten und Streiks legt, eingetreten.

Die Vereinigung mit der PDS zur Partei DIE LINKE im Jahr 2007 hat zwar eine zahlenmäßig größere Partei geschaffen und wurde von vielen Aktivist*innen begrüßt, weil dadurch in Ost- und Westdeutschland eine parlamentarisch vertretene Partei entstand, die sich gegen den Kapitalismus ausspricht. Sie hat aber auch dazu geführt, dass die durch die Fusion entstandene Partei sehr viel bürokratischer funktioniert, weil sie sehr vom alten PDS-Apparat dominiert wird. Zudem hat sie wichtige Grundsätze der WASG über Bord geworfen. Dies gilt vor allem für die entscheidende Frage der Regierungsbeteiligung in Koalitionen mit SPD und Grünen. Die grundsätzliche Opposition der WASG gegen Regierungsbeteiligungen, die zu Sozialabbau und Privatisierungen führen, war eine wichtige Lehre aus der Rechtsentwicklung von SPD und PDS. DIE LINKE hat, wie zuvor die PDS, in Landesregierungen in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Thüringen und in vielen ostdeutschen Kommunen zusammen mit SPD und Grünen eine Politik umgesetzt, die die miesen kapitalistischen Verhältnisse verwaltet statt sie zu bekämpfen und oftmals Sozialkürzungen, Privatisierun-

gen, Abschiebepolitik etc. verantwortet. Geht es nach den Befürworter*innen solcher Regierungsbeteiligungen, soll eine solche Politik auch auf Bundesebene in einer rot-rot-grünen Koalition umgesetzt werden. Das würde das Ende der LINKEN als einer linken und antikapitalistischen Kraft bedeuten, die für die Arbeiter*innenklasse, Gewerkschafter*innen und soziale Bewegungen eine Hilfe ist.

Doch auch ohne eine solche Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ist DIE LINKE auf dem besten Weg, sich überflüssig zu machen. Lange Zeit stellte sie, trotz ihrer programmatischen Begrenztheit, der Beteiligung an pro-kapitalistischen Landesregierungen und oftmals lahmen und weitgehend parlamentarischen Praxis, eine Bremse für die Durchsetzung arbeiter*innenfeindlicher Politik durch die Bundesregierung dar. Sie ist - vor allem durch ihren linken Flügel und durch Abgeordnete, die zu diesem gehören - oftmals eine praktische Hilfe bei antifaschistischen Protesten, sozialen Bewegungen und gewerkschaftlichen Kämpfen und Streiks wie in den Krankenhäusern oder bei Amazon. Deutschland ohne DIE LINKE wäre in den letzten Jahren für die Arbeiter*innenklasse und die Jugend ein noch schlechteres Land gewesen.

DIE LINKE hat auch den Anspruch formuliert, den Kapitalismus durch Sozialismus zu ersetzen, und alleine dadurch einen Beitrag zur politischen Debatte in der Arbeiter*innenklasse Deutschlands geleistet.

Deshalb haben sich Sol-Mitglieder in der Partei für eine kämpferische Praxis, ein wirklich sozialistisches Programm und demokratische Strukturen eingesetzt. Als Teil der innerparteilichen Strömung Antikapitalistische Linke (AKL) setzen wir uns mit anderen Parteilinken gegen eine Politik der Regierungsbeteiligung mit pro-kapitalistischen

Parteien ein, weil diese zwangsläufig zum Verrat an linken und sozialistischen Positionen führt.

Dieser Kampf scheint aber verloren zu sein und DIE LINKE ist in einem desolaten Zustand. Große Teile der Parteilinken – wie die Strömung Bewegungslinke, die im Parteivorstand eine starke Position hat – vertreten keinen klar alternativen Kurs mehr. In einer Zeit, in der die multiplen Krisen des Kapitalismus sich verstärken und die Ansprüche an eine sozialistische Partei, grundlegende gesellschaftliche Alternativen zu formulieren, zunehmen, hat DIE LINKE politisch versagt und damit auch die AfD stark gemacht. Weder in der Corona-Pandemie noch hinsichtlich des Ukraine-Kriegs hat sie klare linke Alternativen formuliert und die Interessen der Arbeiter*innenklasse unmissverständlich zum Ausdruck gebracht.

Dies ist leider kein auf DIE LINKE und Deutschland begrenztes Phänomen. Viele der Linksparteien, die nach der Wirtschaftskrise von 2008/09 gestärkt wurden oder neu entstanden – wie PODEMOS im spanischen Staat, der Linksblock in Portugal, SYRIZA in Griechenland – wurden den Herausforderungen der Zeit nicht gerecht und passten sich aufgrund ihrer reformistischen Begrenztheit dem kapitalistischen System an – und verloren in der Folge deutlich an Unterstützung.

Wagenknecht

In der Partei haben sich prinzipienlose Bündnisse von Parteilinken mit Teilen des rechten Parteiflügels gebildet, die gegeneinander um Macht und Einfluss kämpfen, aber keine konstruktive inhaltliche Debatte führen. Das hat vor allem zur Preisgabe linker und sozialistischer Positionen

geführt. So haben Teile der Bewegungslinken die erste Regierungsbeteiligung mit pro-kapitalistischen Parteien in einem westdeutschen Bundesland (Bremen) unterstützt.

Sahra Wagenknecht, die viele Jahre die Gallionsfigur der Parteilinken war, ist zu einer selbsternannten „Linkskonservativen" geworden, die liberal-marktwirtschaftliche Konzepte vertritt und das kapitalistische System nicht mehr grundlegend in Frage stellt. Gleichzeitig hat sie migrationsfeindliche und nationalistische Positionen eingenommen, die Spaltung der Arbeiter*innenklasse entlang nationaler Linien nur vertiefen können und damit den Klassenkampf erschweren. Das gilt, wenn sie auch richtige Fragen aufwirft, zum Beispiel weshalb DIE LINKE nicht mehr Unterstützung in der Arbeiter*innenklasse aufbauen konnte oder sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und eine Eskalation des Kriegs ausspricht und wenn sie ihre Kritik an der Bundesregierung oft in einer Schärfe formuliert, die man sich von anderen Teilen der Partei wünschen würde.

Wir haben Wagenknechts Positionen kritisiert und bekämpft, ohne dabei unsere Kritik an denjenigen Kräften der Partei, die Wagenknecht auch kritisiert haben, aber gleichzeitig in Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen pro-kapitalistische Politik umgesetzt haben, zurückzunehmen. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Textes sieht alles danach aus, dass Wagenknecht und ihre Unterstützer*innen eine neue Partei gründen werden, die das Potenzial für eine breite Wähler*innenbasis haben wird. Diese wird aber nicht links von der heutigen LINKEN stehen und keinen Schritt in Richtung einer wirklich sozialistischen Massenpartei darstellen. Nicht zuletzt die Erfahrungen mit der von Wagenknecht ins Leben geru-

fenen Bewegung „aufstehen“ und ihrer bisherigen politischen Praxis, spricht vieles dafür, dass eine solche Partei mehr ein auf ihre Person zugeschnittener Wahlverein als eine lebendige und demokratische Mitgliederpartei sein wird. Wir treten dafür ein, dass in diesem Fall eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen linken Parteien und Organisationen in konkreten Kämpfen und Bewegungen im Sinne einer Einheitsfrontpolitik angestrebt wird.

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen

- Jean Jaurès -

Es gibt eine massive Zunahme von Kriegen und militärischen Konflikten auf der Welt. Das freut die Rüstungskonzerne in Deutschland und anderen Industriestaaten, die sich daran eine goldene Nase verdienen. Aber nicht nur aufgrund der Rolle dieser todbringenden Unternehmen sind Kriege und Militarismus eine direkte Folge des Kapitalismus. Denn in diesem System kämpfen Konzerne und die sie vertretenden Nationalstaaten um Absatzmärkte, Rohstoffe, sichere Transportwege und politischen Einfluss. Wenn dieser Kampf mit friedlichen Mitteln nicht gewonnen werden kann, wird zu Gewalt gegriffen. Das ist logische Folge des kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Der französische Sozialist Jean Jaurès sagte treffend: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“

Der Kampf gegen den Krieg und gegen Aufrüstung ist ein zentraler Bestandteil sozialistischer Aktivität. Das beinhaltet auch den Kampf gegen

Nationalismus - diesem stellen wir einen Internationalismus von unten entgegen – einen Klassenstandpunkt, der die gemeinsamen Interessen von Arbeiter*innen unterschiedlicher Nationen herausarbeitet und einen gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Ausbeutung zu unterstützen. Denn die Arbeiter*innen und sozial Benachteiligten auf der Welt haben ein gemeinsames Interesse: Frieden und Einsatz des gesellschaftlichen Reichtums im Interesse aller.

Die Politik der LINKEN, vor allem in Ostdeutschland, trägt einen großen Teil der Verantwortung für das Erstarken der AfD und von Faschist*innen in den neuen Bundesländern, denn sie hat durch die Politik, die sie in mehreren Landesregierungen mitgetragen hat, viele Menschen enttäuscht und ist für viele nicht mehr die Stimme des Protests gegen das kapitalistische Establishment.

Die Widersprüche in der Partei nehmen zu und werden von der kapitalistischen Krise verschärft. Es ist nicht völlig auszuschließen, dass größere Klassenkämpfe und Bewegungen zu einer Wiederbelebung der Partei und einer Linksverschiebung führen könnten. Das erscheint aber immer unwahrscheinlicher, weil keine der wesentlichen Kräfte innerhalb der Partei, dies vorantreiben. Eine Abspaltung des Wagenknecht-Lagers könnte der LINKEN den parlamentarischen und politischen Todesstoß versetzen.

Das macht es nötig, sich für den Aufbau einer sozialistischen Arbeiter*innenpartei einzusetzen, die Arbeiter*innen und Jugendliche auf Basis eines kämpferischen Programms massenhaft organisieren könnte. Dazu können

Teile der heutigen LINKEN einen Beitrag leisten und deshalb ist es weiterhin sinnvoll, marxistische Positionen in die Partei zu tragen und die Parteilinke zu organisieren. Gleichzeitig stecken wir aber den Großteil unserer Kraft in den Aufbau von Klassenkämpfen und die Verbreitung sozialistischer Ideen und sind vor allem unabhängig in sozialen Bewegungen, Bündnissen, auf der Straße und in Betrieben und Gewerkschaften aktiv.

Betriebe und Gewerkschaften

Viele Sol-Mitglieder sind aktive Gewerkschafter*innen und bauen in ihren Betrieben gewerkschaftliche Strukturen und Betriebs- bzw. Personalräte mit auf. Gleichzeitig halten wir die Politik der dominierenden Teile der Gewerkschaftsführungen für einen Ausverkauf der Interessen der Mitglieder. In den Gewerkschaften dominiert das Co-Management, wurde der Flächentarif unter Beteiligung der Spitzenfunktionär*innen untergraben, Privatisierungen und Lohnverzicht mitgetragen und Arbeitsplatzvernichtung akzeptiert. Die Gewerkschaften sind weitgehend im Griff einer Bürokratie, die den Hauptamtlichenapparat und die Leitungsgremien dominiert und kein Interesse an wirklicher innergewerkschaftlicher Demokratie hat. Das Ergebnis sind sinkende Mitgliedszahlen und die Etablierung einiger Beschäftigtenorganisationen außerhalb des DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), wie der Pilotenvereinigung Cockpit oder der Gewerkschaft der Lokführer (GDL).

Die Sol ist der Meinung: Es gibt keine Alternative zu starken Gewerkschaften, um die unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen und im Verteilungs-

kampf gegen die Kapitalist*innen ein Maximum für die Beschäftigten heraus zu holen. Wir verstehen aber die vielen Kolleg*innen, die sagen „zum Verzicht brauche ich keine Gewerkschaft" und voller Wut und Unzufriedenheit der Gewerkschaft den Rücken gekehrt haben oder sich aus der aktiven Mitarbeit zurück gezogen haben. Die Verantwortung hierfür liegt bei den überbezahlten Spitzenfunktionär*innen, die keine Ahnung mehr davon haben, wie es sich mit sinkenden Reallöhnen und flexibilisierten Arbeitszeiten so lebt. Deshalb treten wir für einen radikalen Kurswechsel in den Gewerkschaften und für eine programmatische und personelle Erneuerung ein. Wir stehen für kämpferische und antikapitalistische Gewerkschaften, die ihre Aufgabe darin sehen, konsequent die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen. Und wir kämpfen für demokratische Strukturen: für jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Funktionsträger*innen, für die Begrenzung von hauptamtlichen-Gehältern auf einen durchschnittlichen Facharbeiter*innenlohn, für demokratische Streikführungen durch gewähle Streikleitungen und regelmäßige Streikversammlung und ähnliche Maßnahmen. Um eine solche Veränderung in den Gewerkschaften zu erreichen, ist eine Vernetzung von unten und der Aufbau organisierter oppositioneller Gruppen in den Betrieben und Gewerkschaften genauso nötig, wie ein Wiederaufbau und eine Wiederbelebung der Gewerkschaften von unten. Deshalb haben Sol-Mitglieder gemeinsam mit anderen die „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG)" gegründet und sind im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di" aktiv. Hier kommen Kolleginnen und Kollegen zusammen, die vor Ort und in ihren Betrieben Gewerkschaftsorganisationen aufbauen und die Gewerkschaften

zu kämpferischeren Organisation umgestalten wollen, indem praktische Vorschläge für Arbeitskämpfe erarbeitet werden, politische Positionen in Gliederungen getragen, Kandidat*innen für Gremien unterstützt werden und durch inhaltliche Stellungnahmen die Gewerkschaften politisiert werden. Die Aktivität in Betrieben und Gewerkschaften ist für uns ein wichtiger Schwerpunkt.

Gegen Unterdrückung und Diskriminierung

Diskriminierung und Unterdrückung gehören zum Kapitalismus und können innerhalb dieses Systems nicht überwunden werden. Das gilt, auch wenn es wichtige Fortschritte bei den Rechten von Frauen, LGBTQI+, Migrant*innen und anderen diskriminierten Bevölkerungsgruppen gegeben hat. Aber die Spaltung der Arbeiter*innenklasse entlang von Geschlecht, sexueller Orientierung, Nationalität, Hautfarbe, Religion etc. wird immer ein wichtiges Herrschaftsinstrument der Kapitalist*innenklasse sein.

Frauen sind im Kapitalismus doppelt unterdrückt: als Lohnabhängige und aufgrund der strukturellen Diskriminierung gegen sie. Der französische Frühsozialist Charles Fourier sagte zu Beginn des 19. Jahrhunderts einmal, dass sich der Fortschritt einer Gesellschaft nach der Stellung der Frau in ihr bemessen ließe. Frauen verdienen weiterhin durchschnittlich 18 Prozent weniger als Männer, sind mit sexualisierter Gewalt und Sexismus konfrontiert und müssen einen überdurchschnittlichen Anteil der Hausarbeit erledigen.

Der Kampf gegen Frauendiskriminierung und Sexis-

mus, für wirkliche Gleichberechtigung und soziale Gleichheit der Geschlechter ist ein wichtiger Bestandteil der Aktivitäten der Sol. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass Frauendiskrimnierung ihre tiefere Ursache in der Existenz von Klassengesellschaften hat und die herrschende Klasse ein vielfältiges Interesse an der Aufrechterhaltung männerdominierter Gesellschaftsstrukturen hat. Nicht zuletzt, wie gesagt, um die Arbeiter*innenklasse zu spalten und um Frauen weiterhin kostenlose Reproduktionsarbeit leisten zu lassen, was den Kapitalist*innen bei der Maximierung ihrer Profite hilft. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass eine wirkliche Befreiung der Frau und ein wirkliches Ende von Diskriminierung die Überwindung des Kapitalismus zur Voraussetzung hat und treten für einen gemeinsamen Kampf von Arbeiter*innen und Jugendlichen aller Geschlechter ein, um den Kapitalismus und damit die Benachteiligung von Frauen zu überwinden.

Das gilt auch für andere Formen von Unterdrückung und Diskriminierung. LGBTQ+-Menschen haben in den letzten Jahren immer wieder ihre Stimme erhoben und den Kampf um Anerkennung verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten geführt. Die Sol unterstützt diesen Kampf. Jeder Mensch soll sein Leben frei gestalten können und nicht in gesellschaftlich vorgefertigte Kategorien gepresst werden. Im Zusammenhang mit den Rechten von Transpersonen sind jedoch Fragen aufgetaucht, die zur Spaltung von Frauen und Transpersonen genutzt werden können. Wir sind davon überzeugt, dass die Sicherheits- und Selbstbestimmungsbedürfnisse aller Menschen berücksichtigt werden müssen und die dazu nötigen Investitionen, zum Beispiel in ausreichend sichere sanitäre Einrichtungen für alle, getätigt werden

müssen anstatt diese Gruppen gegeneinander auszuspielen. Wir sind gleichzeitig davon überzeugt, dass auch diese Spaltung im Interesse der Herrschenden ist und erst eine sozialistischen Gesellschaft das Potenzial hat, diese vollständig zu überwinden.

Der Kampf für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft und der Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung sind also untrennbar miteinander verbunden, wenn er erfolgreich sein soll. Deshalb ist für die Sol entscheidend, diesen Kampf so zu gestalten, dass die Einheit der Arbeiter*innenklasse erreicht werden kann.

Das gilt auch für den Kampf gegen Rassismus in allen seinen Erscheinungsformen, Rechtspopulismus, Nationalismus und Faschismus. Dieser spielt eine große Rolle bei den Aktivitäten der Sol.

Wir setzen uns gegen antimuslimischen Rassismus genauso ein wie gegen Antisemitismus. Wir mobilisieren gegen AfD, Identitäre und III. Weg und schweigen nicht zum von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zu verantwortenden staatlichen Rassismus.

Wir fordern gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen, die Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze für Migrant*innen und ein Bleiberecht für Alle.

2018 wurden vierzig Prozent der Jobs im Niedriglohnsektor in Deutschland von Migrant*innen ausgeübt. Durch ihre unsichere soziale Situation und die teilweise Kopplung von Aufenthaltsrechten an Arbeitsverträge, werden Migrant*innen in schwierige Lebensverhältnisse gedrängt und sind leichter unter Druck zu setzen und auszubeuten. Die Sol tritt dafür ein, dass die Arbeiter*innenbewegung den Kampf gegen Niedriglöhne organisiert und diesen mit

dem Kampf gegen rassistische Diskriminierung verbindet.

Die Rassist*innen und Faschist*innen nutzen die sozialen Ängste von Teilen der Arbeiter*innenklasse und Mittelschichten aus, um ihr Süppchen zu kochen. Deswegen tritt die Sol dafür ein, die sozialen Ursachen von Rassismus zu bekämpfen. Das bedeutet, dass der Kampf für bessere Lebensverhältnisse für Alle ein notwendiger Bestandteil des antirassistischen und antifaschistischen Kampfes sein muss. Die Erfahrung gemeinsamer Kämpfe und sozialer Interessen kann rassistische und andere Vorurteile in der Gesellschaft zurückdrängen. Letztlich gilt, was Malcolm X sagte: „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus." Deshalb ist der beste Antirassismus der gemeinsame Kampf von deutschen und nichtdeutschen Arbeiter*innen und Jugendlichen gegen Kapitalismus und für Sozialismus. Auf dieser Grundlage könnten auch Arbeiter*innen, die aus Protest und Alternativlosigkeit Rechtspopulist*innen wählen, überzeugt und gewonnen werden.

Wir setzen uns auch in den Gewerkschaften, den grundlegenden Organisationen aller Lohnabhängiger, dafür ein, dass diese auch den Kampf gegen Diskriminierung, Unterdrückung und für gleiche Rechte für Alle führen. Dazu gehört auch Aufklärung unter den Mitgliedern zu den Ursachen und der Funktion von Diskriminierung und Spaltung im Kapitalismus zu betreiben. Den Gewerkschaften kommt hier eine besondere Verantwortung zu, weil sie die größten Organisationen sind, die Lohnabhängige aller Nationalitäten, Hautfarben, Geschlechter, sexueller orientierungen etc. vereinen. Im gemeinsamen Kampf für die gemeinsamen Interessen können Vorurteile und Spaltung am besten überwunden werden. Wir stehen für Klassenkampf, nicht für Kulturkampf!

Deshalb weisen wir Ideen zurück, die die Ursache von Diskriminierung nicht in der Klassengesellschaft, sondern – auf die eine oder andere Art - in der angeblich privilegierten Stellung oder dem Bewusstsein von Teilen der Arbeiter*innenklasse sehen – männlichen Arbeiter*innen, heterosexuellen Cis-Menschen, weißen oder einheimischen Arbeiter*innen. Diese Identitätspolitik vertieft potenziell die Spaltung in der Arbeiter*innenklasse, schwächt damit den Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung und untergräbt die Entwicklung von Klassenbewusstsein. Sie kann von den Bürgerlichen missbraucht werden, um vom Kapitalismus als der eigentlichen Ursache von Unterdrückung und Diskriminierung abzulenken und sich selbst als Vertreter*innen bestimmter Identitäten zu präsentieren.

Stattdessen müssen die Kämpfe unterschiedlicher unterdrückter Bevölkerungsteile in einem gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus zusammen geführt werden.

Marxistische Organisation nötig

Der Aufbau von Gewerkschaften und einer breiten Arbeiter*innenpartei mit einem sozialistischen Programm sind wichtige und notwendige Schritte, um die Arbeiter*innenbewegung wieder aufzubauen. Die Sol leistet dazu einen Beitrag. Denn nur wenn die Arbeiter*innenklasse durch die Erfahrung in Kämpfen und durch Selbstorganisation wieder ein sozialistisches Klassenbewusstsein entwickelt, kann sie auch zur Trägerin einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft werden. Diese Kämpfe und Versuche, Arbeiter*innenorganisationen aufzubauen, werden viele politische Fragen über Programm, Taktik und

Strategie aufwerfen. Um diese korrekt zu beantworten und eine sozialistische Perspektive zu entwickeln, ist der Aufbau einer marxistischen Organisation notwendig, die kollektiv die Erfahrungen der Arbeiter*innenbewegung verarbeitet, daraus die richtigen Schlussfolgerungen zieht und die sozialistische Zielsetzung nicht aus den Augen verliert. Um angesichts des kapitalistischen Weltmarkts und der Globalisierung eine Lösung entwickeln zu können, ist eine internationalistische Perspektive und eine internationale Organisierung notwendig. Deshalb setzen wir uns eine doppelte Aufgabe: den Aufbau der Sol und des Komitees für eine Arbeiter*inneninternationale (englische Abkürzung CWI) als revolutionär-marxistischer Organisation und gleichzeitig den Aufbau der breiteren Arbeiter*innenbewegung durch die Schaffung von sozialistischem Bewusstsein, den Aufbau breiter Arbeiter*innenparteien und die Umwandlung der Gewerkschaften von sozialpartnerschaftlichen Organisationen in kämpferische Klassenorganisationen.

Die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung des 20. Jahrhunderts, aber auch die Erfahrungen der Massenbewegungen und Aufstände in Lateinamerika und der Arabischen Revolution am Beginn des 21. Jahrhunderts zeigen, dass die Arbeiter*innenklasse spontan in der Lage ist, Regierungen zu stürzen und Revolutionen zu beginnen. Ohne eine bewusste marxistische Führung und eine in den Betrieben und Nachbarschaften verankerte marxistische Organisation, werden diese Aufstände und Revolutionen aber nicht abgesichert werden können und zu einer tatsächlichen Überwindung des Kapitalismus führen. Historisch war die einzige Ausnahme die Russische Revolution 1917, in der die demokratisch gewählten Arbeiter*innen- und Soldatenräte die Macht ergreifen konnten, weil an

ihrer Spitze mit den Bolschewiki eine erfahrene und gut organisierte Partei stand, die die Kräfte in einer erfolgreichen Strategie und Taktik bündeln konnte. In unzähligen anderen Fällen – von der deutschen Revolution 1918/19 über die nicaraguanische Revolution 1979 und den Aufständen in Tunesien und Ägypten 2011 bis hin zu den Massenbewegungen in Chile, Sri Lanka, Iran in den letzten Jahren – scheiterten Massenaufstände und revolutionäre Situationen an dem Fehlen einer solchen marxistischen Organisation. Deshalb ist es das Ziel der Sol und des CWI, starke marxistische Massenorganisationen aufzubauen, die in der Lage sein werden, Geburtshelferinnen der sozialistischen Veränderung der Gesellschaft und der Machteroberung durch die arbeitende Bevölkerung zu sein.

Stand des Manifest Verlags

Sol-Bundeskonferenz 2022

Internationale Solidarität: Die Sektionen des CWI unterstützen sich gegenseitig, hier auf einer Demonstration in Frankreich.

Sol und CWI

Die Sol ist eine aktive, kämpferische und marxistische Organisation. Mit unserer Monatszeitung „Solidarität", unserer Webseite „solidaritaet.info", unserem halbjährlich erscheinenden Magazin „sozialismus heute", mit unseren im Manifest-Verlag erscheinenden Büchern und Broschüren und mit Flugblättern, Veranstaltungen und Plakaten verbreiten wir sozialistische Ideen. Wir beteiligen uns aber auch aktiv am Aufbau der Arbeiter*innenbewegung in den Gewerkschaften und der LINKEN, von Jugendprotesten, an Mieter*innenbewegungen, antifaschistischem Widerstand und anderen sozialen Bewegungen.

Trotz der Tatsache, dass wir noch eine kleine Organisation sind, können wir auf viele wichtige und erfolgreiche Kampagnen und Aktivitäten zurück blicken.

Das vor 2019 allerdings unter anderen Namen – bis 1995 als VORAN-Gruppe und von 1995 bis 2019 als Sozialistische Alternative (SAV). 2019 gab es in der SAV und unserer internationalen Organisation Komitee für eine Arbeiter*innen internationale (CWI) eine Spaltung, in der wir die Traditionen der SAV und des CWI gegen damalige Genoss*innen verteidigen mussten, die wichtige Grundsätze über Bord geworfen hatten. Dabei ging es vor allem darum den schädlichen Ideen der Identitätspolitik nicht nachzugeben, die zentrale Rolle der Arbeiter*innenklasse und die Bedeutung der Arbeit in Gewerkschaften zu verteidigen, die Anwendung eines sozialistischen Übergangsprogramms in Massenbewegungen aufrechtzuerhalten und demokratische Strukturen innerhalb der Organisation zu verteidigen.

Hier ein paar Beispiele für unsere vielfältigen Aktivitäten in den letzten zwanzig Jahren:

Im Jahr 2003 haben unsere Mitglieder die Initiative

zur Bildung von „Jugend gegen Krieg"-Gruppen in ganz Deutschland ergriffen. Diese haben nach Beginn des Kriegs gegen den Irak Schülerstreiks organisiert, an denen sich über 200.000 Schülerinnen und Schüler beteiligt haben. Wir haben in diesen JgK-Gruppen erreicht, dass nicht nur der Angriff der USA-geführten Allianz gegen den Irak verurteilt wurde, sondern auch die imperialistische Außenpolitik Deutschlands kritisiert und der Abzug deutscher Soldaten aus dem Ausland gefordert wurde.

Im Sommer 2003 ergriffen wir die Initiative zu einer bundesweiten Aktionskonferenz mit dem Ziel, eine Großdemonstration gegen die von der Schröder-Regierung beschlossene Agenda 2010 durchzuführen. Trotz eines Boykotts der Gewerkschaftsführungen nahmen am 1. November 2003 100.000 Menschen, darunter viele Basisgewerkschafter*innen, an dieser Demonstration teil, die der Auftakt von vielen Streiks und Massendemos gegen Agenda 2010 und Hartz IV war.

Im Jahr 2008 ergriffen unsere jungen Genoss*innen die Initiative für bundesweite Schüler*innenstreiks für kleinere Klassen, mehr Lehrer*innen und gegen das Turboabitur. Das war eine Initialzündung für die später entstehende Bildungsstreik-Bewegung.

Wir waren von Anfang an (2004) Teil der WASG, weil wir die Idee einer breiten und kämpferischen politischen Interessenvertretung für Lohnabhängige und Erwerbslose unterstützten. Das CWI hatte schon seit einigen Jahren die Idee einer neuen Arbeiter*innenpartei verbreitet. In der WASG sind wir für eine kämpferische Praxis, demokratische Strukturen und eine sozialistische Politik eingetreten. Wir haben die Fusion mit der PDS zur Partei DIE LINKE nicht unterstützt, weil damit eine politische Anpassung der

WASG an die damalige Regierungspolitik der PDS im Berliner Senat vollzogen wurde. In Berlin waren wir ein maßgeblicher Bestandteil des WASG-Landesverbandes, der im September 2006 eigenständig zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen kandidierte und 50.000 Stimmen erzielte. Spitzenkandidatin der WASG war unsere damalige Genossin Lucy Redler.

Die Sol setzt ihren Schwerpunkt auf außerparlamentarische Aktivitäten, denn wir wissen, dass die Gesellschaft nicht durch die Parlamente, sondern durch Bewegungen in den Betrieben und auf der Straße verändert wird. Aber wir sind für die Beteiligung linker Parteien an Wahlen, um eine Alternative zum Einheitsbrei der bürgerlichen Parteien anzubieten und sozialistische Ideen zu verbreiten. In Stuttgart kandidierte unsere Genossin Ursel Beck zum Beispiel wiederholt für DIE LINKE zum Gemeinderat. In Lemgo ist unser Genosse Frank Redelberger Stadtrat für DIE LINKE. Er nimmt keine mit seinem Mandat in Verbindung stehenden Privilegien an. Alles Geld (Sitzungsgelder, Aufwandsentschädigungen etc.), was über die mit dem Mandat entstehenden Kosten hinaus geht, wird in die politische Arbeit gesteckt.

Die Sol ist an unzähligen lokalen Kampagnen und Kämpfen beteiligt. In Dresden haben unsere Mitglieder eine wichtige Rolle bei der Verhinderung von Privatisierungen und Kürzungen bei Krankenhäusern gespielt. Im Lemgo haben wir eine Kampagne gegen die Schließung von Krankenhausabteilungen geführt. In Stuttgart haben wir eine wichtige Rolle in der Bewegung gegen Stuttgart 21 gespielt und sind in Mieter*inneninitiativen aktiv. In Rostock erreichten wir die Einführung eines Sozialtickets für Hartz IV-Empfänger*innen im öffentlichen Nahver-

kehr. In Dortmund sind wir wichtiger Bestandteil des antifaschistischen Widerstands gegen die dortige Nazi-Szene und haben verschiedene Blockadeaktionen gegen Nazi-Aufmärsche mitorganisiert. In Berlin haben wir in der Vergangenheit an der Charité einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau einer kämpferischen Betriebsgruppe und den Erfolgen bei den Streiks 2011 und 2015 geleistet und haben die Streiks der Krankenhausbewegung 2021 aktiv unterstützt.

Sol-Mitglieder sind in Betrieben und Gewerkschaften als Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute und Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen aktiv, bauen gewerkschaftliche Betriebsgruppen mit auf und setzen sich für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir haben gemeinsam mit anderen die Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) gegründet und sind im Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ver.di aktiv. Sol-Mitglieder, die im Gesundheitswesen beschäftigt sind, haben einen Arbeitskreis gebildet, der seit Ende 2022 die Zeitung Antiserum herausbringt.

Wir beteiligen uns an breiten Bündnissen zum Aufbau von Widerstand und sozialen Bewegungen - Mieter*inneninitiativen, antirassistischen Bündnissen, Aktionsgruppen gegen Prestigeprojekte und „Genug ist Genug"-Bündnissen gegen Preissteigerungen. In solchen Gruppen setzen wir uns für demokratische und offene Strukturen ein. Die Sol ist für eine größtmögliche Aktionseinheit und Zusammenarbeit linker und gewerkschaftlicher Kräfte.

Als Internationalist*innen organisieren wir Solidarität mit Gewerkschafter*innen und Sozialist*innen in vielen Ländern und setzen uns für eine internationale Koordinierung von Kämpfen und Kampagnen ein.

Die Ortsgruppen der Sol organisieren auch Bildungsarbeit über politische Referate und Diskussionen auf den wöchentlichen Sitzungen und zusätzlich stattfindenden Schulungstreffen und Seminaren. Das ist uns besonders wichtig, denn nur eine politisch gebildete Mitgliedschaft kann ein demokratisches Funktionieren einer Organisation gewährleisten. Und nur politisch geschulte Aktivist*innen werden in Kämpfen und Bewegungen die richtigen Initiativen ergreifen können. Nicht zuletzt deshalb haben wir 2017 den Manifest-Verlag gegründet, der einen wichtigen Beitrag bei der Verbreitung marxistischer Literatur spielt.

Die Sol ist eine aktive und demokratische Organisation. Unsere Ortsgruppen treffen sich auf wöchentlicher Basis und diskutieren und entscheiden die Aktivitäten vor Ort. Alle Mitglieder in Ortsgruppen-, Stadt- oder Bundesvorständen sind jederzeit wähl- und abwählbar und der Basis gegenüber rechenschaftspflichtig. Hauptamtliche Mitarbeiter*innen der Sol und Abgeordnete dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Arbeiter*innenlohn und keine Privilegien annehmen.

Ohne Geld ist politische Aktivität und der Aufbau einer Organisation nicht denkbar. Die Sol legt großen Wert auf einen ernsthaften und demokratischen Umgang mit ihren Finanzen. Wir erhalten keine Spenden von reichen Gönner*innen oder Konzernen und begeben uns nicht in eine Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen, sondern finanzieren uns durch Beiträge und Spenden durch unsere Mitglieder und Unterstützer*innen und durch den Verkauf von politischem Material. Jeder Cent fließt in die politischen Arbeit und die Verwendung wird demokratisch diskutiert und entschieden.

Mindestens alle zwei Jahre findet eine Bundeskonferenz

statt, die die bundesweite Politik und Aktivitäten diskutiert und entscheidet und einen Bundesvorstand wählt.

Und es gilt: Demokratisch gefällte Beschlüsse werden gemeinsam umgesetzt. So wie bei einem Streik Mehrheitsentscheidungen für die Kolleg*innen bindend sind, sind auch in der Sol Mehrheitsentscheidungen für die politischen Aktivitäten aller Mitglieder und Ortsgruppen bindend. Dies ermöglicht es auch eine gemeinsame Bilanz solcher Entscheidungen zu ziehen und gegebenenfalls Fehler zu korrigieren.

Eine Internationale aufbauen

Als Teil des Komitees für eine Arbeiter*inneninternationale (CWI) entsendet die Sol auch Delegierte zu den regelmäßig stattfindenden Weltkongressen und hat Vertreter*innen im Internationalen Vorstand des CWI. Das CWI versteht sich als eine internationale sozialistische Organisation, hat demokratisch gewählte Strukturen und es gibt einen regen Austausch zwischen den verschiedenen nationalen Sektionen und zum Internationalen Büro in London.

Das CWI hat im Jahr 2023 Sektionen und Unterstützer*innen in zwanzig Ländern auf allen Kontinenten. Die größte Sektion des CWI gibt es in England und Wales. Hier war das CWI in den 70er und 80er Jahren als Militant-Strömung innerhalb der Labour Party bekannt, als diese noch eine aktive Massenbasis in der britischen Arbeiter*innenklasse hatte. Von 1983 bis 1987 führten Militant-Mitglieder die Labour Party in Liverpool, die dort eine Mehrheit im Stadtrat erzielte. Dort setzten sie eine sozialistische Kommunalpolitik um, die sich den Kürzungsvorgaben der Zentralregierung widersetzte und eine Politik im Interes-

se der arbeitenden Bevölkerung durchsetzte. Es wurden Wohnungen gebaut, die Arbeitszeit für die städtischen Beschäftigten reduziert, neue Arbeitsplätze geschaffen und die Schulen besser ausgestattet. Dies, obwohl die finanzielle Situation der Stadt eigentlich keine Verbesserungen dieser Art zugelassen hätte. Die sozialistische Mehrheit im Stadtrat handelte aber nach dem Prinzip »Besser das Gesetz brechen, als den Armen das Rückgrat« (better to break the law than the poor) und beschloss formell illegale, unausgeglichene Haushalte und mobilisierte die Arbeiter*innenklasse der Stadt im Kampf, diese Gelder von der Zentralregierung zu erhalten. Es gab mehrere Massendemonstrationen und einen Generalstreik zur Unterstützung dieser Politik. Der sozialistische Stadtrat konnte von der damaligen Premierministerin Thatcher nur durch eine Amtsenthebung gestoppt werden.

Zu Beginn der 1990er Jahre führte Militant in Großbritannien die Kampagne gegen die ungerechte Poll Tax (kommunale Kopfsteuer). Am Zahlungsboykott beteiligten sich bis zu 18 Millionen Menschen. Das führte nicht nur zur Rücknahme der Poll Tax, sondern auch zum Sturz der damaligen Ministerpräsidentin Margaret Thatcher. Heute heißt die Militant-Strömung Socialist Party (SP) und hat unter anderem eine starke Verankerung in den Gewerkschaften mit vielen SP-Mitgliedern, die in nationale Gewerkschaftsvorstände gewählt wurden und beteiligt sich an der Trade Unionist and Socialist Coalition (TUSC), einem Bündnis, das einen Beitrag zum Aufbau einer neuen Arbeiter*innenpartei leisten will.

In Nordirland wurde die CWI-Genossin Carmel Gates zur Generalsekretäin der größten Gewerkschaft NIPSA gewählt, in der CWI-Mitglieder seit Jahren wichtigen Ein-

fluss ausüben konnten und erreicht haben, dass sich die Gewerkschaft für eine demokratische Planwirtschaft und gegen Kapitalismus ausspricht. In Nordirland und Frankreich sind CWI-Mitglieder in Kommunalparlamente gewählt worden.

In Sri Lanka hat die United Socialist Party (USP) eine lange Geschichte des Kampfes gegen die rassistische Diskriminierung der tamilischen und muslimischen Bevölkerungsteile und gegen den Bürgerkrieg. Sie hat die internationale „Tamil Solidarity"-Kampagne gestartet. Im Massenaufstand im Jahr 2022 haben USP-Mitglieder in der Führung der Bewegung mitgewirkt und zusammen mit Gewerkschaften und Jugendorganisationen Kampagnen gegen die staatliche Repression der Proteste durchgeführt.

Es gibt viele weitere Beispiele für die praktische Arbeit der CWI-Sektionen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Ob die Kampagne gegen Wahlbetrug in Nigeria, die Unterstützung der Bergarbeiterstreiks in Südafrika, der Aufbau von Gewerkschaften in Malaysia oder die Organisierung von Arbeiter*innen-Hilfsprojekten nach der großen Überflutung in Pakistan. Gleichzeitig betreibt das CWI mit der Webseite www.socialistworld.net eine attraktive und lebendige internationale sozialistische Webseite mit vielen Berichten und Analysen aus der ganzen Welt. Das CWI ist eine Weltorganisation für den internationalen Sozialismus.

Mitmachen – wie und was?

Wenn Dir die in diesem Buch dargestellten Ideen gefallen, solltest Du nicht zögern und Dich der Sol anschließen. Mitglied werden kann jeder und jede, der/die unser

Programm aktiv unterstützt und einen monatlichen Mitgliedsbeitrag bezahlt. Es gibt sicher auch für Dich eine oder mehrere Möglichkeiten der Aktivität: in Jugend für Sozialismus, in der Gewerkschaft, bei antirassistischen Aktivitäten, in der Mieter*innen- oder Klimabewegung, in der LINKEN, auf Demonstrationen, durch die Verbreitung von Flugblättern, der Zeitung und des Magazins der Sol, durch das Schreiben von Artikeln oder der Organisierung von Protestaktionen vor Ort. Wenn Du in einer der Städte mit einer Sol-Ortsgruppe oder der weiteren Städte Sol-Mitgliedern lebst, kannst Du Dich diesen anschließen. Wenn nicht, helfen wir Dir dabei, eine Sol-Gruppe in deiner Stadt ins Leben zu rufen.

Website der Sol

SOLIDARITÄT.INFO
WEBSEITE DER SOZIALISTISCHEN ORGANISATION SOLIDARITÄT – SOL

www.solidaritaet.info

Website des Komitees für eine Arbeiter*-inneninternationale

CWI CIT

www.socialistworld.net

Ideen für den Widerstand

Lest und abonniert "Solidarität" & "sozialimus heute"

Bestellungen:
Online: https://solidaritaet.info/abo/
Telefon: 030 / 247 238 02
Post: Manifest Verlag, Dieffenbachstr. 17, 10967 Berlin

Manifest Verlag

manifest.

Manifest ist der linke Verlag für alle Menschen, die sich und andere bewegen wollen. 2016 in Berlin gegründet, veröffentlichen wir Bücher mit einem marxistischen und revolutionären Standpunkt - egal ob Klassiker oder neu geschrieben. Unsere Themen reichen von Ökonomie, Arbeiter*innenbewegung, Kampf gegen Sexismus, Rassismus und andere Diskriminierung bis hin zu Ökologie und Biographien.

www.manifest-buecher.de

Und jetzt? Aktiv werden und weiter lesen

Diese Textsammlung fasst wichtige Texte der Sol zu grundlegenden Fragen zusammen und bietet Euch einen guten Überblick über unsere politischen Positionen und unsere Herangehensweise an wichtige Fragen.
Wir haben sie zusammengestellt für Menschen, die sich die Frage stellen, ob sie sich der Sol anschließen sollen. Wir hoffen, dass die Texte Euch darin bestärken, einer marxistischen Organisation beizutreten und gemeinsam den Kampf für internationalen Sozialismus zu führen. Wir hoffen auch, dass die Texte Euch davon überzeugen, dass die Sol und das Komitee für eine Arbeiter*inneninternationale (CWI) dafür das beste Angebot sind.

Textsammlung und alle Infos auf:
www.solidaritaet.info/ueber-uns/